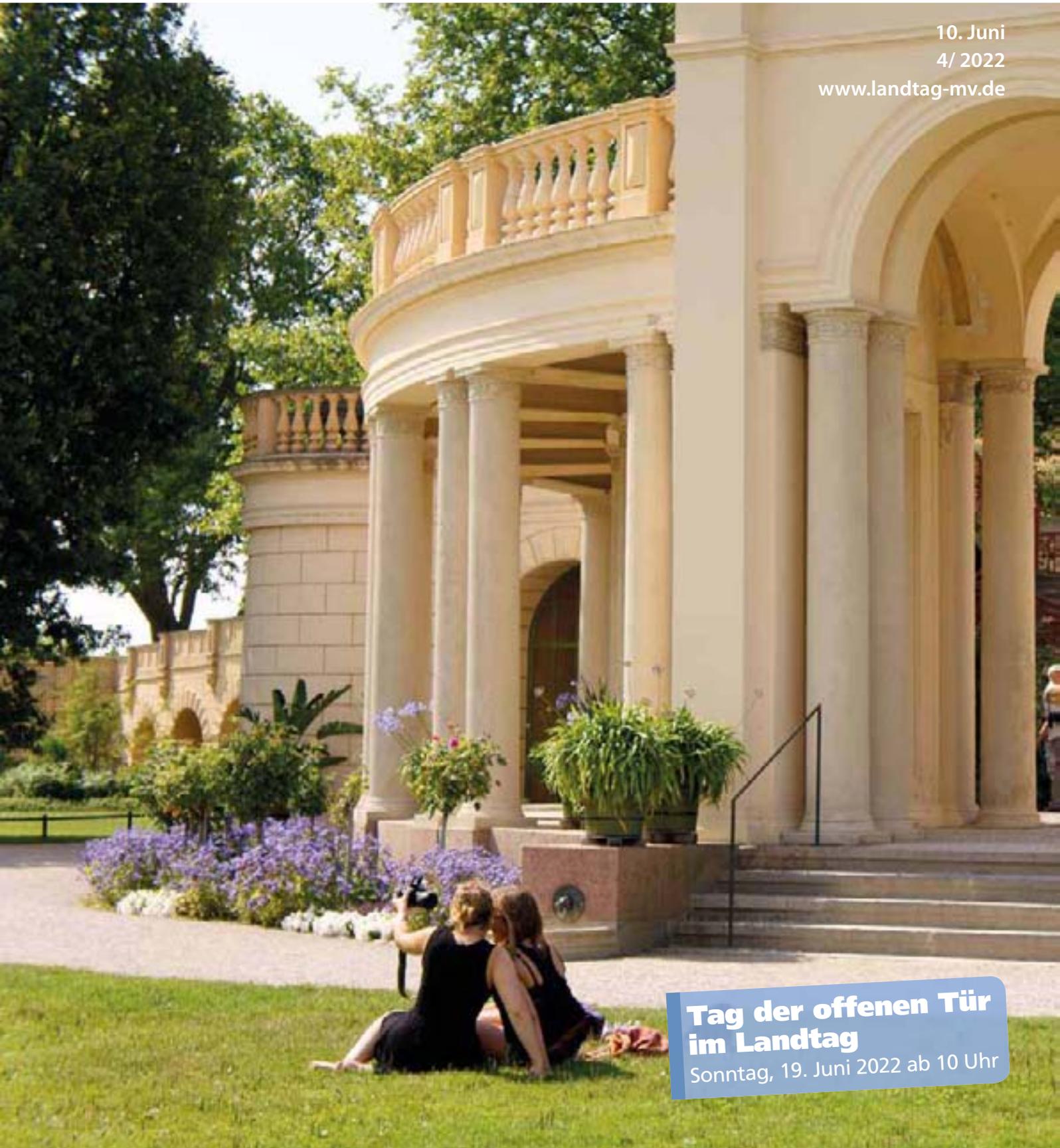


10. Juni

4/ 2022

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**

Sonntag, 19. Juni 2022 ab 10 Uhr

+++ Klare Linie gegen Rechtsextremismus +++ Wissenschaft stärkt Gesellschaft +++ Arbeit an Kompromiss bei Klimastiftung MV +++ Ernährungssicherheit trotz Krisen +++ Landeshaushalt 2022/2023 +++ Schloßgespräch zu Archäologischem Landesmuseum +++ Neue Formen des Gedenkens +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkommentar	Gerd Rinas „Ernährung sichern – ohne `Rolle rückwärts`“
4 - 12	AUS DEM PLENUM	“Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes“ (auf Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)
	Auszüge aus der Originaldebatte	Julian Barlen (SPD), Innenminister Christian Pegel, Nikolaus Kramer (AfD), Marc Reinhardt (CDU), Michael Noetzel (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
13 - 23	Berichte	Wissenschaft stärkt Gesellschaft Arbeit an Kompromiss bei Klimastiftung MV Ernährungssicherheit trotz Krisen Landeshaushalt 2022/2023
24 - 26	Meldungen	Dauerhafte Unterstützung der Tafeln gefordert Neuausrichtung des Außenhandels Neue Wege der Gesundheitsversorgung Flüssiggastterminal für Rostock Neue Abgeordnete Landtag trauert
27	Gesetzgebung	
28 - 30	Aus den Ausschüssen	Einigkeit im Ständigen Ausschuss der BSPC Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) Beratung zu Schwimmhallen im Petitionsausschuss Umweltpreis 2022/2023 ausgeschrieben
31 - 35	Panorama	Schloßgespräch zu Archäologischem Landesmuseum Neue Formen des Gedenkens
36	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner
 Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss: 29.04.2022

Ernährung sichern – ohne „Rolle rückwärts“

■ Wohl kaum jemand wäre noch vor einigen Monaten ernsthaft auf die Idee gekommen, die Ernährungssicherung in den Mittelpunkt einer Landtagsdebatte zu rücken. Die Zeiten, in denen in Mecklenburg-Vorpommern Mangel an Nahrungsmitteln herrschte, liegen Jahrzehnte zurück. Noch weniger wahrscheinlich schien es deshalb, dass es dieses Thema in abgewandelter Form gleich zweimal auf der Tagesordnung des Landesparlaments schaffen würde. So geschehen auf Antrag der CDU-Fraktion auf der 18. Sitzung des Hohen Hauses im April.

verminderten Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln sowie Wachstumsziele für den Ökolandbau zu überprüfen und neu zu bewerten. Zumal sogar die EU-Kommission kürzlich aus Sorge vor knappen Agrarmärkten sogenannte ökologische Vorrangflächen, die bisher nicht landwirtschaftlich genutzt werden dürfen, zeitweilig auch für den Getreideanbau freigegeben hat, einschließlich des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Dünger.

Umso mehr erstaunte die kontroverse Debatte sowohl in der Aktuellen Stunde zur „Sicherung der Ernährungssou-



Foto: privat

Gerd Rinas berichtet seit 1992 für die „Bauernzeitung“ aus Mecklenburg-Vorpommern.

Umso mehr stößt die Entscheidung des Bundeslandwirtschaftsministeriums bei Landwirten auf Unverständnis, auf ökologischen Vorrangflächen lediglich Futternutzung zu ermöglichen. In Mecklenburg-Vorpommern sind davon 36.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche betroffen. 22.500 ha davon hätte Agrar- und Umweltminister Till Backhaus noch im April gern zu gleichen Teilen für Futter, Eiweißpflanzen- und Getreideanbau freigegeben. Dafür ist die Zeit jetzt verstrichen.

Die Debatte förderte wichtige Vorschläge zu Tage, wie Ernährung gesichert werden kann. Innovationen in Pflanzenzucht, Produktentwicklung und Ressourcennutzung können dazu beitragen. Dringender denn je ist Umdenken in der Gesellschaft geboten: Millionen Tonnen Lebensmittel landen immer noch jedes Jahr im Müll!

Abgeordnete von Linksfraktion, Grünen und SPD ließen durchblicken, dass sie hinter dem CDU-Antrag zur Ernährungssicherung die Absicht zu einer „Rolle rückwärts“ vermuteten: jüngste politische Entscheidungen auf EU- und nationaler Ebene zugunsten des Schutzes von Klima, Artenvielfalt und sauberem Wasser zurückzudrehen. Anhaltspunkte dafür lieferte die Debatte nicht. Dass Landwirte ihren Betrieb wie jeder andere Unternehmer gewinnbringend bewirtschaften müssen und ihre Arbeit für Umwelt und Klima deshalb nicht nur mit einer Aufwandsentschädigung honoriert werden darf wie bisher, daran sollte aber kein Zweifel bestehen.

Gerd Rinas

„*Dringender denn je ist Umdenken in der Gesellschaft geboten.*“

Mit der russischen Aggression in der Ukraine stellen sich indes viele Fragen neu. Zwar wird die Blockade ukrainischer Weizenexporte in den Schwarzmeerhäfen des Landes nach einheitlicher Einschätzung der Experten in der Europäischen Union nicht zu einem Mangel an Lebensmitteln führen. Allein in Deutschland werden jährlich 24 Mio. Tonnen Weizen produziert. 8 Mio. Tonnen werden benötigt, um den Bedarf an Mehl zu decken. Anders die Perspektive in Ländern Nordafrikas und im Nahen Osten: Dort droht bei weiter ausbleibenden Getreidelieferungen aus der Ukraine nach jüngsten Prognosen die größte Hungersnot seit dem Zweiten Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, dass die CDU-Fraktion in ihrem Antrag fordert, geplante Flächen- und Produktionsstilllegungen, Vorgaben für den

veränität in der EU“ als auch zum Antrag „Ernährungssicherung in den Mittelpunkt rücken“. Der CDU-Abgeordnete Thomas Diener wies zu Recht darauf hin, dass auch die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern von den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine betroffen ist. Hohe Getreidepreise sind dabei nur eine Seite der Medaille. Sie werden von drastisch gestiegenen Kosten für Energie, Dünger, Futter und andere landwirtschaftliche Betriebsmittel meist aufgezehrt. Die Landwirte versuchen mit Einsparungen gegenzusteuern. Bleiben Betriebsmittel wie Dünger und Diesel teuer oder steigen die Preise sogar weiter an, könnte es demnächst für viele Betriebe wirtschaftlich noch schwieriger werden, ihre Liquidität zu sichern.



Foto: Uwe Srinnecker

SPD-Fraktionsvorsitzender Julian Barlen im Plenarsaal des Schweriner Schlosses

Klare Linie gegen Rechtsextremismus

Keine Chance den Gegnern der Demokratie

■ Die wachsende Sorge um zunehmende rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft bewog die Koalitionsparteien dazu, den Antrag „Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes“ einzubringen.

SPD und DIE LINKE fiel auf, dass gewisse Haltungen, die Respekt, Vielfalt und das solidarische Miteinander gefährden, breite Schichten der Bevölkerung ergriffen haben. Die Ideologie des Rechtsextremismus sei dabei eine treibende Kraft. Dem solle mit den im Antrag gelisteten Maßnahmen frühzeitig und entschieden entgegengetreten werden. Es ginge darum, die rechtsextremen Szenen intensiver zu beobachten, Kommunen zu sensibilisieren und die Initiative zum Demokratiefördergesetz von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu unterstützen. Die Koalition hoffe, dass ein Nachweis der „Zuverlässigkeit“ für die Erteilung einer Waffenbesitzkarte verhindere, dass Waffen in falsche Hände gerieten. Ein besonders von der AfD kontrovers debattierter Punkt der Drucksache war die Forderung nach einer Überprüfung von Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes, sollten sie Mitglied in einer vom Verfassungsschutz als rechtsextrem verdächtigten Partei sein.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, **Julian Barlen**, mahnte die vom Grundgesetz und der Landesverfassung ausgehende Pflicht an, „alles dafür zu tun, dass Hass, dass Gewalt, dass Terror sich in unserem Land nicht Bahn brechen können.“ Das sei ein Versprechen, das durch „einen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität in unserem Bundesland“ infrage gestellt würde. Darum, so der Abgeordnete, stelle „der Kampf gegen Rechtsextremismus [...] eine dauerhafte Aufgabe“

dar. Er verteidigte die Forderung nach einem Nachweis der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit für angehende Waffenbesitzer. Ferner sei eine Prüfung geboten, „was das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes zur Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall konkret bedeutet für unser Bundesland“.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) warnte, dass es nicht mehr möglich sei, die Gegner der freiheitlich-demo-

kratischen Grundordnung am Äußeren festzumachen. Rechtsextremes Gedankengut sei weit in die Gesellschaft vorgedrungen, was auch an der Hetze im Internet erkennbar sei. Das Demokratiefördergesetz der Bundesinnenministerin reagiere darauf. Er begründete, warum es auch darum gehe, „Verfassungsfeinde aus dem [Öffentlichen] Dienst zu entfernen“, ohne jedoch Beamte unter einen Generalverdacht zu stellen, „weder rechts- noch linksextremistisch oder [einen] anderen Aspekt des Extremismus“. Bezüglich des Waffenbesitzes, so argumentierte der Innenminister, „hier geht Sicherheit vor der Freiheit des Einzelnen, nämlich die Sicherheit aller vor der Freiheit einiger weniger“.

Nikolaus Kramer (AfD) schlussfolgerte, die Intention des Antrages sei „die Opposition im Land unter staatliche Überwachung [zu] stellen“, sowie Angehörige bestimmter Parteien aus dem Öffentlichen Dienst zu drängen. Er warnte, dass unter dieser Konstellation bereits ein Facebook-Post mit einem Bekenntnis zur Heimat verdächtig wäre. Das Demokratiefördergesetz des Bundes trüge seinen Namen zu Unrecht, denn

„mit Förderung der Demokratie hat das nichts zu tun“.

Die Sprache des Antrages erinnere den Fraktionsvorsitzenden an Erfahrungen in der DDR. Die eigentlichen, drängenden Probleme stehen hinten an. „Warum diskutieren wir nicht über die anhaltende Zitterpartie der Beschäftigten der MV-Werften, über die verpassten Chancen der Ansiedlung von Intel und Tesla?“

Marc Reinhardt (CDU) stellte für seine Fraktion fest, dass sie den Titel der Drucksache uneingeschränkt mittragen könne. Doch einiges sei inhaltlich nicht tief genug und anderes ginge zu weit. Darum beantrage er eine Einzelabstimmung der Ziffern des Antrages. Er stelle einen Höchststand an politisch motivierten Taten in MV fest. Diese würden von Personen begangen, die keinem Spektrum zugeordnet werden könnten, aber eine „relevante Delegitimierung des Staates“ befürworten. Darum sei eine Festlegung auf ein einzelnes extremistisches Phänomen „ohne die anderen Bedrohungen zu benennen“ gefährlich. Der Abgeordnete sehe nicht, dass eine Beweislastumkehr für den Waffenbesitz rechtlich durchsetzbar sei. Ferner sei die CDU von dem verantwortungsvollen Handeln der Kommunen überzeugt. Hier bedarf es keiner weiteren Aktionen.

Die Wichtigkeit des Antrages zeige sich in der heutigen, bundesweiten Durchsuchungswelle bei Neonazi-Gruppierungen, stellte Michael Noetzel (DIE LINKE) klar. „Es ist die extreme Rechte, die unsere Demokratie aus dem Inneren heraus bedroht“ und sie zum Fall bringen wolle. Zahlen belegten, „dass jede Woche mindestens ein Mensch aus rassistischen, antisemitischen, homophoben oder politischen Motiven in Mecklenburg-Vorpommern angegriffen wurde.“ Dagegen müsse jeder Einzelne, aber insbesondere der Staat, einschreiten. Angesichts der Verdopplung der legalen Waffenhalter zwischen 2018 und 2021, sei davon auszugehen, dass es eine hohe Dunkelziffer beim illegalen Waffenbesitz gäbe. Die Bewaffnung dieser Kräfte könne nicht länger hingenommen werden. Dieser Antrag sei ein erster Schritt.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) bestätigte für seine Fraktion, es sei richtig, die Bundesinnenministerin bei der Umsetzung des Aktionsplans im Bundesrat zu unterstützen. Dabei dürfe es nicht bleiben. Die Strafverfolgung durch die Sicherheitsbehörden müsse intensiviert werden. Denn mit Stand vom Dezember 2021 gab es „1.561 tatsächliche oder mutmaßliche Rechtsextremisten, die eine waffenrechtliche Erlaubnis hatten“. Daher bedürfe es Verfahren, die den Entzug der waffenrechtlichen Erlaubnis besser durchsetzen könnten. Er erachtete die Sensibilisierung der Kommunen durchaus als sinnvoll und gerechtfertigt. Als weiteren Punkt wolle er aber auch eine parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes anregen, denn „beim Verfassungsschutz besteht großer Reformbedarf“.

René Domke (FDP) erklärte, dass den Freien Demokraten jede Form von Extremismus fremd sei. Der Fraktionsvorsitzende betonte, die FDP sei „gegen verfassungsfeindliche und verfassungseugnende Strukturen, und übrigens auch gegen religiösen Fanatismus“. Da greife der Antrag zu kurz, denn es sei wichtig, „alle Phänomene, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung unterwandern, abschaffen oder ersetzen wollen, anzugehen“.

Alle müssten darüber nachdenken, wie der Nährboden für Extremismus entstehe und Hass und Gewalt möglich werde. Da ist der Ansatz der Drucksache nicht weitreichend. „Der Antrag hätte runder sein können.“ Es bedürfe der Förderung eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Andere Meinungen zu respektieren, „das ist nun mal Demokratie.“

Julian Barlen (SPD) bedankte sich für die Debatte und die klaren Worte von Innenminister Christian Pegel (SPD). Es gehe mit dem Antrag darum, für den freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zusammenzustehen. „Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass es eine [gesellschaftliche] Verrohung gibt und dass es eine Verachtung auch des Staates und der Repräsentanten gibt“. Eine Bekämpfung der Symptome sei nicht die Lösung. Es bedürfe der Früherkennung und Prävention.

Er halte trotz Debatte darüber, die Beweislastumkehr bei Waffenbesitz als unersetzlich. Er gab zu bedenken, dass sogar LKW-Fahrer alle fünf Jahre eine Tauglichkeitsprüfung bräuchten.

In einem weiteren Redebeitrag forderte **Enrico Schult** (AfD) die Antragsteller auf, sich mit der AfD inhaltlich auseinander zu setzen und nicht Zeit mit Überlegungen zu verschwenden, wie man den politischen Mitbewerber ins Abseits stellen könne. Demokraten gehen dem Dialog nicht aus dem Weg. Den Eindruck habe er aber von den Koalitionsparteien.

Am eigenen Beispiel zeigte der Abgeordnete die Absurdität des Antrages auf. Er sei ein verheirateter Familienvater mit einem konservativen Grundverständnis. In seinen 25 Jahren Dienst im Landkreis habe er mehr als zwei Dutzend Lehrlinge und Praktikanten ausgebildet. In den Landtag sei er mit einem direkten Mandat eingezogen, solle aber nun zum Verfassungsfeind erklärt werden. Dabei gäbe es wirkliche Probleme zu lösen. Inflation, Spritpreise, hohe Lebenshaltungskosten seien nur einige davon.

Am Ende bat der AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer darum, eine persönliche Erklärung abzugeben. Er wehrte sich gegen die Behauptung, seinen Redebeitrag nicht sachlich vorgetragen zu haben. Er wies die Unterstellungen von sich, Mitglied in einer nicht freiheitlich-demokratischen Partei zu sein, kein Demokrat zu sein, und dass er nicht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehe.

Antrag SPD und DIE LINKE

Drucksache 8/524

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE*

Drucksache 8/577

Beschluss:

*Annahme der Ziffern 1 bis 3
des Änderungsantrages*

Annahme der Ziffern I, II und III

*Nummern 1 bis 4 des geänderten
Antrages*

Julian Barlen, SPD:

„Kampfansage gegen alle [...], die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung attackieren.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] „Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes“ – [...] bedeutet [...]: einzutreten für die Demokratie, für ein friedliches Miteinander, für eine Gesellschaft der Vielfalt und des Respekts.

[...] – das ist eine wiederholte Kampfansage gegen alle [...], die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung attackieren mit Worten und anschließend mit Taten. [...] das ist eine Einladung an alle demokratischen Kräfte [...], weiterhin mit breiter Brust, solidarisch und gemeinsam für die uns verbindenden Werte einzutreten.

Warum setzen wir dieses Thema wiederholt auf die Tagesordnung [...]? [...] das ist unsere Pflicht, dies zu tun, die aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik [...] und aus der Verfassung des Landes [...] erwächst. Das ist [...] die logische Folge, die Konsequenz unseres fortwährenden Versprechens, alles dafür zu tun, dass Hass, dass Gewalt, dass Terror sich [...] nicht bahnbrechen können. Und dieses Versprechen gilt übrigens nicht erst, aber umso mehr seit dem NSU. Und wir tun dies in erschütterndem Wissen, dass aber seit der Enttarnung des NSU und der Aufarbeitung vieles geschehen ist, das dieses Versprechen, alles zu tun, damit es sich nicht wiederholen kann, dass Menschen aus Hass und aus Rassismus ihr Leben verlieren in diesem Land, dass vieles geschehen ist seither, das dieses Versprechen infrage stellt und das uns zwingt, uns immer wieder neu aufzumachen und uns [...] neu zu rüsten für dieses gemeinsame Streben.

Und ich denke an die schrecklichen Ereignisse in Halle, in Hanau, in Kassel. [...] an den so makaber wie zynisch gefährlichen NSU 2.0. [...] an die Vorgänge rund um das Nordkreuz-Netzwerk, das wir auch im [...] Untersuchungsausschuss sehr

genau [...] anschauen werden, wo es nicht nur um Verstöße gegen das Waffenrecht geht, sondern darum, Terrorlisten anzulegen, um politisch missliebige Männer und Frauen [...] zu liquidieren.

Ich denke an rechtsextreme gezielte Aktivitäten im Umfeld von Protesten, die zur Bewältigung der Corona-Pandemie stattgefunden haben.

Ich denke an eine gefestigt rechtsextreme Identitäre Bewegung, die in Mecklenburg-Vorpommern eingesickert ist in Parteistrukturen.

Ich denke an einen inzwischen formal aufgelösten völkischen Flügel, der hier [...] keine Randerscheinung war, sondern der zentrale Ort, wo die Breite einer hier im Landtag vertretenen Partei, der AfD, sich versammelt hat und sich [...] über entsprechende Positionen ausgetauscht hat.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Und ich denke an die heutige Razzia, unter anderem gegen die Atomwaffen Division,

(Thore Stein, AfD: Klamauk.)

gegen wohl immer noch aktive Zirkel des Combat 18, von Blood and Honour, wo über 50 Beschuldigte heute Besuch von unseren Sicherheitsbehörden bekommen haben – auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo es wieder den Verdacht gibt, dass auch ein Angehöriger der deutschen Bundeswehr sich in einem solchen rechtsextremen Terrornetzwerk aufgehalten hat.

[...] wir tun das, weil wir einen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität in unserem Bundesland beobachten – im letzten Berichtszeitraum immerhin vier Prozent –, wo wir feststellen müssen, dass die antisemitischen Straftaten [...] um 21 Fälle [...], dass fremdenfeindliche Straftaten um 55 Fälle angestiegen sind und dass wir [...] im rechtsextremen Spektrum [...] fünf Prozent aller Personen in Mecklenburg-Vorpommern haben, die es im gesamten Bundesgebiet gibt. [...] und das ist ein schlechter Wert [...].

(Thore Stein, AfD: Zustehen!)

[...] wir warten nicht! Das ist die Botschaft, die wir mit diesem Antrag gemeinschaftlich aussenden wollen. Wir warten nicht, bis aus einem solchen Personenpotenzial eine aktive Terrorzelle entsteht. Wir warten nicht, bis aus hasserfüllten Worten und Weltbildern Taten werden. [...] bis aus Bedrohungsszenarien konkrete Gefahren werden. Und deshalb hat Mecklenburg-Vorpommern schon in der Vergangenheit – und das gilt es gemeinsam mit verstärkten Kräften fortzusetzen – sich immer starkgemacht, vom Verbotsantrag gegen die NPD bis zum Verbot von Kameradschaften, vom Regionalzentrum bis zur Opferberatung, mit einem eigenen Landesprogramm für Demokratie und Toleranz, mit einem behördlichen Vorgehen, wenn es beispielsweise um den il-

legalen Besitz von Waffen und Munition geht, bis zu einem Verfassungsschutz, der sich diesem ganzen Spektrum annimmt.

[...] dieser Kampf gegen den Rechtsextremismus [...] ist keine einmalige Aufgabe, sondern der ist eine dauerhafte Verpflichtung für uns alle. Und deshalb fordern wir [...] die Landesregierung auf, dass wir beim Thema „Entwaffnung entsprechender Strukturen“, beim Zerschlagen rechtsextremer Netzwerke und bei der Repression auch entsprechender Zusammenhänge nicht nachlassen, sondern ganz entschlossen handeln, damit alle in diesem Lande wissen, die Werte unseres Grundgesetzes und unserer Landesverfassung [...] werden [...] aktiv und gemeinschaftlich verteidigt. Und deshalb wollen wir auch die Pläne unserer Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die mit einem entsprechenden Aktionsplan vorangegangen ist, als Land sehr aktiv unterstützen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Wir fordern die Landesregierung darüber hinaus auf, auf Bundesebene für eine [...] Beweislastumkehr bei der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit einzutreten. Es kann nicht sein, dass Kräfte, die von Rassismus, von rechtsextremem Gedankengut gegen unsere Grundordnung getrieben sind, sich bis an die Zähne bewaffnen und es dann eine Mühseeligkeit des Staates ist, ihnen eine Unzuverlässigkeit nachzuweisen. Hier muss es vom Kopf auf die Füße gestellt werden!

Wir fordern die Landesregierung auf, sehr intensiv auszuwerten und zu prüfen, was das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichtes zur Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall konkret bedeutet für unser Bundesland, für die Beobachtung der AfD in Mecklenburg-Vorpommern, aber natürlich auch für Mitglieder dieser AfD, die als Beamte einen Eid auf die Werte unserer Verfassung geschworen haben, die im öffentlichen Dienst Menschen gleich ihrer Herkunft oder ihrer politischen Gesinnung nach bestem Wissen behandeln müssen.

Und wir fordern unsere Landesregierung auf, die Zusammenarbeit mit den Kommunen [...] im Vorgehen gegen rechtsextreme Strukturen [...] noch einmal zu stärken.

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Minister Christian Pegel:

„Hier geht Sicherheit vor
die Freiheit des Einzelnen.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! [...] Zunächst herzlichen Dank für diesen Tagesordnungspunkt! Und zum Zweiten ist, glaube ich, deutlich geworden, dass die Zeiten, in denen ich diejenigen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen wollten, an den Äußerlichkeiten erkenne, vorbei sind. [...]

genau an der Stelle knüpft Nancy Faeser als Bundesinnenministerin mit dem gemeinsamen Vorstoß der Bundesampelkoalition an, indem sie sagt, wir müssen uns noch einmal neu aufstellen im Bund, aber bewusst auch gemeinsam mit den Ländern und der kommunalen Familie, wie wir rechtsextreme Strukturen noch wirksamer bekämpfen, noch früher bekämpfen, noch früher versuchen zu erkennen und auch zu isolieren.

Zweitens. Damit geht eng einher – auch ein Stück weit als schlimme Erkenntnis aus katastrophalen Straftaten – eine noch konsequentere Entwaffnung von Extremistinnen eigentlich ist die weibliche Form hier in der Regel fehl am Platze, in der Regel sind es leider männliche Extremisten.

Eine ganz besondere Dynamik gewinnen all diese Extremismustaten durch einen Punkt, der im Bundespapier eine ganz zentrale Rolle spielt, nämlich die Hetze im Internet ganzheitlicher, viel früher und sehr viel bewusster zu bekämpfen. [...]

Wir haben eine bewusst beim Bundeskriminalamt geschaffene Stelle, die bewusst ihrerseits soziale Medien und das Internet scannt, die auf die Landeskriminalämter seit Januar dieses Jahres solche Straftaten verteilt, damit nicht 17 Behörden, 16 Landeskriminalämter, ein BKA, im Zweifel noch viel mehr Kriminalpolizeiinspektionen parallel, sondern eine Einrichtung zentral für alle sucht. Im Übrigen ist das keine originär deutsche Erfindung, sondern in den Vereinigten Staaten ist das bereits seit Längerem, wenn auch für andere Straftattypologien, das will man deutlich formulieren, durchaus nichts Unübliches. [...]

Es geht aber auch darum, Verfassungsfeinde aus dem Dienst zu entfernen, ein wesentliches Ziel der Bundesseite. Wir würden als Land sehr aufmerksam genau da zuschauen wollen, weil ich glaube, dass es schwer erträglich ist, dass wir zum Teil Kolleginnen und Kollegen an Bord haben mögen, denen erhebliche Vorhalte an der Stelle gemacht werden, uns aber mit unserem Beamtenrecht, mit all dem Drumherum schwertun, dort tatsächlich wirksam zuzugreifen. Mir ist aber eins wichtig: dass wir daraus nicht machen, jeder Beamte, jede Beamtin fällt per se unter den Rechtsradikalismusverdacht,

(Beifall René Domke, FDP)

genauso wenig wie unter den Linksextremismusverdacht oder auch den irgendeiner anderen Art von Gewaltorientierung oder Extremismus, sondern wir sind eben auch nur ein Ausschnitt aus der Gesellschaft und die Gauß'sche Verteilungskurve der Gesellschaft macht auch vor all unseren Bereichen nicht halt. [...]

Wenn ich jemandem die Möglichkeit an die Hand gebe, obrigkeitlich für den Staat zu handeln, dann darf überhaupt kein Zweifel daran bestehen, dass er mit beiden Beinen und nach Möglichkeit auch mit beiden Armen tief in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert ist. Nur dann können wir auch die Autorität des staatlichen Gewaltmonopols langfristig durchhalten und genau solche Entscheidungen auch wirksam treffen und umsetzen.

[...] Wir glauben auch, dass das einhergehen muss mit einem sensibleren Umgang mit dem Waffenrecht. [...] meine Überzeugung ist, hier geht Sicherheit vor die Freiheit des Einzelnen, nämlich die Sicherheit aller vor die Freiheit einiger weniger, die sagen, ich hätte aber gern eine Waffe auch unter leichteren Bedingungen.

[...] Die kommunale Ebene ist im Übrigen heute schon, weil sie angesprochen ist, aktiv dabei – im waffenrechtlichen Bereich, aber auch an vielen anderen Stellen. Sie ist dabei im Landesrat für Kriminalitätsprävention, die kommunale Ebene ist dabei, wenn es darum geht, dass die Verfassungsschutzbehörde regelmäßig anbietet, konkret vor Ort ins Bild gesetzt zu werden, sie ist dabei, bei den Demokratie- und Toleranzarbeiten, die wir als Land unterstützen, die aber kommunal klar begleitet werden, und sie hilft uns auch regelmäßig, wenn wir entsprechende Konzerte oder andere Veranstaltungen vor Ort haben. Kaum eine dieser Aktivitäten der Polizei gelingt, ohne dass uns kommunale Behörden beiseitestehen.

[...] Deswegen herzlichen Dank für die Einladung, uns das Konzept des Bundes anzuschauen und hier ebenfalls umzusetzen! Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Nikolaus Kramer, AfD:

„Während ein Ideologeprojekt das nächste jagt, geht unser Land vor die Hunde.“



Foto: Uwe Sinnecker

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! Entwaffnung, Zerschlagung und Repression, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit dem falschen Parteibuch überprüfen und entfernen, Berufsverbot, Opposition im Land unter staatliche Überwachung stellen – [...] Schon allein die Sprache Ihres Antrages offenbart ein mehr als nur zweifelhaftes Demokratieverständnis und erinnert schmerzlichst an die Erfahrungen in der DDR. Zur DDR haben ja Teile der Antragsteller den Bezug nie so wirklich verloren, nicht wahr, Herr Koplin?! [...] Totalitäre Machtfantasien, [...] beim Kampf gegen die Opposition. Barlens manischer Kampf – eine tief sitzende Urangst gegen alles, was er als rechts interpretiert. [...] Ja, es kann schnell gehen, in den Fokus der Ideologen zu geraten. [...] Manchmal reicht einfach schon ein patriotischer Facebook-Post [...] SPD und LINKE plädieren gar für eine Beweisumkehr mit ihrem Antrag. [...] Wie soll dieser [...] „positive und regelmäßig zu erneuernde Nachweis der Zuverlässigkeit“ [...] aus Sicht der SPD und LINKEN denn aussehen?

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Einmal die „sozialistische Weltrepublik“ von Ernst Busch beim nächsten Amtsvorsteher vortragen, oder wie?! [...] Natürlich kann es keinen rot-roten Antrag geben, von dem nicht die eigene linke und rote Klientel profitiert. Mit Förderung der Demokratie, meine Damen und Herren, hat das indes überhaupt nichts zu tun. Initiativen gegen Extremismus, die meist selbst von Linksextremisten durchgesetzt sind, Millionen für dubiose Vereine, die nicht nur unsere Sprache verändern wollen, uns vorschreiben, was man sagen und denken darf, und andere Meinungen aktiv bekämpfen [...] alle können in

Zukunft auf mehr Geld hoffen. Sie verstehen den Hohn, das Ganze auch noch als Demokratiefördergesetz zu bezeichnen. Das mag vieles sein, meine Damen und Herren, demokratisch jedoch ist es nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Während wir heute hier stehen und darüber diskutieren, wie Sie Menschen kaputt machen können [...] stehen die drängenden Probleme wieder einmal hinten an, meine Damen und Herren. [...] Warum diskutieren wir nicht über die anhaltende Zitterpartie der Beschäftigten der MV WERFTEN, über die verpassten Chancen der Ansiedlung von Intel und Tesla, der Deindustrialisierung weiter Teile unseres Landes und den Wegzug immer weiterer Unternehmen oder über die dramatische Zunahme von Angriffen auf unsere Polizeibeamten hier im Land? Doch was macht die Landesregierung? Die Möglichkeit schaffen, bunte Regenbogenflaggen vor Dienstgebäuden aufhängen zu können. Herzlichen Glückwunsch! Was für ein Erfolg!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Während ein Ideologieprojekt das nächste jagt, geht unser Land vor die Hunde. [...] Sie haben heute eindrucksvoll bewiesen, die Feinde der Verfassung sitzen zum Teil in der Regierungsbank und hier im Plenarsaal auf der linken Seite. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Als freiheitliche Partei sind wir Ihnen ein Dorn im Auge, das haben wir verstanden. Eine Landesregierung zusammen mit den Erben der SED-Diktatur wird den Ton angeben, gegen die Freiheit verschärfen, das haben wir erwartet. [...] Aber so eine offene demokratieverachtende Agitation, das hat selbst uns überrascht.

[...] Das ist aber nicht verwunderlich, marschieren Sie doch stramm im Gleichschritt mit Ihrer Bundesinnenministerin Faeser und vielen Claqueuren in Ihren Reihen, die ganz offen mit dem Linksextremismus sympathisieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Marc Reinhardt, CDU:

„Gegenseitiger Respekt, Vielfalt und Demokratie.“



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes“ – diesen Titel kann die CDU-Fraktion uneingeschränkt mittragen.

(Beifall Julian Barlen, SPD)

[...] Gegenseitiger Respekt, Vielfalt und Demokratie sind – für Mecklenburg-Vorpommern in der Tat konstituierende Merkmale einer friedfertigen und solidarischen Gesellschaft. Allerdings geht die Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur vom Rechtsextremismus aus. Sich auf ein einziges extremistisches Phänomen festzulegen, ohne die anderen Bedrohungen zu benennen, kann gefährlich sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Die politisch motivierte Kriminalität hat 2021 mit insgesamt 47.303 Delikten den höchsten Stand seit der Einführung der Statistik 2001 erreicht. Und ursächlich für diesen Anstieg sind politisch motivierte Straftaten, die weder von dem rechten noch von dem linken Spektrum ausgegangen sein sollen. Nach Meinung der Sicherheitsexperten spielt das aufgeheizte gesellschaftliche Klima in der Corona-Pandemie eine wesentliche Rolle dabei. Die Straftaten fallen in einen Bereich, den der Verfassungsschutz mittlerweile als verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates bezeichnet. [...] Eine der größten Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung in Mecklenburg-Vorpommern – und auch, das betone ich, in Deutschland – geht dennoch vom Rechtsextremismus aus. Wir werden der Ziffer I - zustimmen in dem Bewusstsein, dass wir jede Form von Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Soweit die Landesregierung aufgefordert werden soll, ihre Maßnahmen zur Entwaffnung, Zerschlagung und Repression der rechtsextremen Szene unvermindert und mit steigendem Druck fortzusetzen, muss dies für alle extremistischen Bereiche gelten, insbesondere auch für die linksextremistische Szene. Eine weitere Verschärfung des Waffengesetzes wird nicht zu mehr Sicherheit führen, denn unsere Waffengesetze sind scharf, wenn sie denn zur Anwendung kommen. [...]

(Beifall Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Sie stellt außerdem alle zum Besitz einer Waffe berechtigten Personen unter einen gewissen Generalverdacht. Wir können auch keiner Initiative für ein Demokratiefördergesetz zustimmen, mit dessen Hilfe Initiativen gegen Rechtsextremismus besser ausgestattet werden sollen, solange nicht sichergestellt ist, dass die Förderung für Initiativen gegen rechts nicht auch linken Gruppen zufließen kann, die ihre Ziele auch mit Gewalt verfolgen. [...] Die CDU-Fraktion kann nicht damit einverstanden sein, dass die Landesregierung die kommunale Ebene hinsichtlich ihrer bestehenden Möglichkeit „zum verwaltungsrechtlichen Vorgehen gegen rechtsextreme Strukturen und gegen geplante Veranstaltungen dieses Spektrums“ sensibilisieren und aktivieren soll. Das hört sich so an, als wenn die kommunale Ebene nicht willens oder in der Lage ist, ihre Aufgaben in diesem Bereich ordnungsgemäß wahrzunehmen. [...]

Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Der extrem rechten Szene muss der Geldhahn abgedreht werden.“

[...] Meine Damen und Herren, es ist die extreme Rechte, die unsere Demokratie aus dem Inneren heraus bedroht. Es sind Rassisten, Neonazis, Reichsbürger und andere Menschenfeinde vom rechten Rand, die diese Gesellschaft ins Fadenkreuz genommen haben. Mit Gewalt wollen sie das System zu Fall bringen, und auf dem Weg dorthin trifft diese Gewalt potenziell jede und jeden, der nicht ins eingeschränkte braune Weltbild passt. [...]

Wir sind alle gefordert, immer dann einzuschreiten, wenn die Menschenfeinde vom rechten Rand ihrem Hass freien Lauf lassen, und ich danke allen zivilgesellschaftlichen, demokratischen und antifaschistischen Initiativen, die das aus tiefster Überzeugung tun.

Meine Damen und Herren, diese Verantwortung liegt aber nicht nur bei jedem Einzelnen, auch der Staat muss sich wehrhaft zeigen, wenn er von rechts attackiert wird [...]. Was mich besonders besorgt, mehr als 520 Waffen in den



Foto: Uwe Sinnecker

Händen von Neonazis, Rassisten und Reichsbürgern trotz NSU, trotz Kassel, trotz Halle, trotz Hanau, trotz mehr als 200 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 [...]. Jene Fanatiker, die sich auf einen Tag X, also den Umsturz der demokratischen Ordnung, vorbereiten, rüsten sich mit behördlicher Genehmigung auf. Das können und das werden wir nicht länger hinnehmen!

[...] Meine Damen und Herren, ich denke, die demokratischen Fraktionen in diesem Hause sind sich einig: Genauso wenig, wie Waffen in die privaten Hände von Demokratiefeinden gehören, sollten sie im Dienst Zugang zu Waffen haben. [...] Das muss vor dem Hintergrund der jüngsten Entscheidungen des Kölner Verwaltungsgerichts auch für Vertreter der AfD gelten, die nicht nur für Selfies, sondern auch ideologisch gerne mal mit Björn Höcke kuscheln, dem Dritten Reich huldigen und, nachdem sie sich in den Parlamenten ausgehetzt haben, wieder Richterämter, Professorenstellen oder einen Streifenwagen besetzen wollen.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Unfassbar, Herr Noetzel!)*

[...] Der extrem rechten Szene muss der Geldhahn abgedreht werden. Konzerte, insbesondere solche, die als politische Versammlungen oder private Feiern getarnt werden, dürfen nicht länger Geld in die braunen Kriegskassen spülen. [...] In den vergangenen Jahren konnte sich hier jedoch gleich ein gesamtes braunes Firmengeflecht etablieren, mit dem auf vermeintlich legalem Weg Gelder akquiriert werden können. [...]

So bestreiten sie ihren Lebensunterhalt und lassen Gelder auch in die Szene fließen, indem Immobilien gekauft oder gemietet und zu Szenetreffpunkten ausgebaut werden. Diese schützen wiederum vor staatlichen Zugriffen, wenn dort Konzerte oder andere Propagandaveranstaltungen ausgerichtet werden. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN::

„Es ist Aufgabe des Verfassungsschutzes, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! [...] Der Antrag „Klare Linie gegen Rechtsextremismus, gegen Gewalt und gegen die Feinde unseres Grundgesetzes“ von den Koalitionsfraktionen nimmt Bezug auf den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, [...]. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, parallel zu Faesers Initiative den Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden unseres Landes bei der Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität zu erhöhen [...].

Wichtig ist zudem, die Sensibilisierung von Strafverfolgung hinsichtlich der Erkennung rechtsextremistischer Hintergründe sowie rassistischer Motive bei Straftaten voranzutreiben, [...] so, wie wir es auch gemeinsam jetzt im Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Regierungsfractionen festgeschrieben haben.

Erhöhte Wachsamkeit bedarf auch der Umstand, dass es in Deutschland immer mehr Rechtsextremisten gibt, die Waffen besitzen. Zum Stichtag 2021, also Dezember 2021, waren das 1.561 tatsächliche oder mutmaßliche Rechtsextremisten, die eine waffenrechtliche Erlaubnis hatten. Das ist ebenfalls eine starke Steigerung zum Vorjahr. Es ist daher richtig, Verfahrensweisen zu erarbeiten, um die Versagung und den Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse besser durchsetzen zu können. [...]

Anders, als bei der Überschrift des Antrags der Koalitionsfraktionen zu erwarten war, bleibt das rechtsextreme Nordkreuz-Netzwerk, ein Zusammenschluss von 54 Preppern – wir wissen das aus dem Untersuchungsausschuss –, die sich auf den Zusammenbruch des Staates vorbereiten und die

systematische Ermordung ihrer politischen Gegner planen sollen, unerwähnt. [...]

Hier bietet sich auch an, klar zu sagen, wo eigentlich die Grenze des demokratischen Rechtsstaates liegt. Das ist die rote Linie, die man überschreitet, wenn man sich nicht zum Grundgesetz bekennt.

Mit Blick auf das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts zur Einstufung der AfD als rechtsextremer Verdachtsfall aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen wird die Landesregierung in dem Antrag darum gebeten, auf Landesebene zu klären, inwieweit Beamtinnen und Beamte, die als Verfassungsgegner identifiziert werden, weiter in öffentlicher Hand beschäftigt werden können. [...]

Abschließend, liebe Kolleg/-innen der Regierungsfractionen, es ist Aufgabe des Verfassungsschutzes, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, doch der findet in Ihrem Antrag nur marginal Erwähnung, dieser Auftrag. Beim Verfassungsschutz besteht großer Reformbedarf.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

[...] – Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.



Diskussion während der Sitzung, Julian Barlen, Philipp da Cunha und Christian Winter

René Domke, FDP:

„Jeder Extremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie“

Foto: Uwe Sinnacker



[...] Der Titel Ihres Antrags [...] verspricht viel: eine klare Linie gegen Rechtsextremismus [...]. Bekanntermaßen stellen wir Freie Demokraten uns [...] gegen jede Form von Extremismus [...] und übrigens auch gegen religiösen Fanatismus, der hier überhaupt [...] keine Beachtung findet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

Einigkeit besteht [...] darüber, dass Anschläge wie in Hanau und Halle sich nicht wiederholen dürfen, dass die Opfer des NSU und die Taten nicht vergessen werden dürfen [...].

Wir müssen [...] aber [...] auch [...] ergründen, wie ein Nährboden für Extremismus und Fanatismus überhaupt [...] entsteht [...]. [...] nur so werden wir künftige Taten verhindern können [...].

Im Feststellungsteil wird ein wichtiger Punkt angeführt [...]: die Aufforderung, sich frühzeitig und entschieden gegen Hass und Gewalt zu stellen. Wir müssen uns aber auch die Frage stellen, warum gibt es immer wieder eine schweigende Mehrheit. [...] Das ist etwas, was wir auch gesellschaftlich diskutieren müssen. [...]. Das ist [...] die Botschaft, die aus einem Landtag auch mal heraus gerichtet werden kann.

Dann folgt im Forderungsteil eine Vermengung [...] verschiedener Phänomene und eines Instrumentenkastens, der [...] nicht [...] auf alles passen will. Das wirft die Frage [...] auf, was denn bis jetzt überhaupt im Land getan wurde. [...]

Die Landesregierung soll ihre Maßnahmen zur Entwaffnung, Zerschlagung und Repression der rechten Szene unvermindert und mit steigendem Druck fortsetzen. [...] Braucht es

einen Motivationsschub, um das fortzusetzen? [...] Und welche [...] Maßnahmen sind es [...]? [...] woran scheitern wir? Unterbesetzte Strukturen, ist gerade angesprochen worden, eine Unterfinanzierung in diesem Bereich [...].

(Präsidentin Birgit Hesse übernimmt den Vorsitz.)

Gegen ein Demokratiefördergesetz hat man als Demokrat [...] nichts einzuwenden, aber [...] es [...] muss [...] darauf gerichtet sein, ein Demokratieverständnis in der Gesellschaft zu erwecken. Es kann nicht etwas sein, wo wir [...] mit antidemokratischen Mitteln versuchen, die Demokratie in eine bestimmte Richtung zu lenken, [...] es muss [...] dazu dienen, einen demokratischen Meinungsbildungsprozess zu fördern [...].

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Zustimmen können wir, allerdings hätten wir [...] konkrete Umsetzungsziele erwartet [...]. Die Landesregierung soll sich auf Bundesebene für eine Änderung des Waffengesetzes einsetzen, das ist der Punkt, an dem wir am meisten Kritik üben [...]. [...] Wir haben bereits ein sehr striktes Waffenrecht in Deutschland, eine vollständige Beweislastumkehr wird kaum durchsetzbar sein. [...] jetzt muss die positive Zuverlässigkeit [...] von dem Antragsteller selbst nachgewiesen werden?! [...] Und wer entwaffnet [...] diejenigen, die sich als unzuverlässig herausgestellt haben? [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, CDU und FDP)

[...] eine Verschärfung von Gesetzen und Regeln, die keiner durchzusetzen vermag, wird wirkungslos, bleiben im Vollzug, das ist hinlänglich bekannt. Mir tut schon der Innenminister leid, wie er das umsetzen soll. [...]



Foto: Jens Büttner

An den Universitäten im Land wird Spitzenforschung betrieben. Wie diese in die Wirtschaft einfließen kann debattierten die Abgeordneten im April.

Wissenschaft stärkt Gesellschaft

Forschung und Wirtschaft sollen verzahnt werden

■ Mecklenburg-Vorpommern verfügt über leistungsstarke und exzellente Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen. Die am 27. Januar 2021 vom Landtag beschlossenen Zielvereinbarungen 2021 bis 2025 für die Universitäten und Hochschulen geben Impulse für eine strategische Ausrichtung von Zielen und Schwerpunkten in Forschung und Lehre, den sogenannten ersten beiden „Missionen“. Der aktuelle Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP richtete den Blick auf den gesellschaftlichen Auftrag der „Third Mission“. Die Oppositionsfraktionen wollten in einer interdisziplinären Landesarbeitsgruppe, die bestehenden Strategien, Profile und Programme der Einrichtungen analysieren und Entwicklungspotentiale herausarbeiten. Bis zum 31. Dezember 2022 sollte eine übergreifende Landestransferstrategie für den Hochschulstandort MV formuliert werden. DIE LINKE und die SPD lehnten die Überweisung des Antrages in die Ausschüsse ab und bei der Ablehnung der Drucksache schloss sich die AfD den Koalitionsfraktionen an.

Katy Hoffmeister (CDU) begründete die Motivation für den Antrag damit, dass MV nicht Teil der Exzellenzstrategie der Bundesregierung sei. Denn MV sei „kein Big Player“, bedauerte die Abgeordnete. Um die Handlungsoptionen zu verbessern, müsse im Verbund kooperiert werden. Es ginge also um Vernetzung, Optimierung, Zusammenarbeit, Synergien und um „einen Blick auf den wirtschaftlichen Nutzen“.

Um die Stärken der Forschung in MV herauszukristallisieren, „müssen alle an einen Tisch“, befand Katy Hoffmeister. Sie verwies als Beispiel auf das Land Brandenburg, wo dieser Prozess umgesetzt wurde und in eine Landesstrategie mündete.

Am Ende ziehe daraus jeder einen Vorteil: Hochschulen arbeiteten an innovativen Projekten, Studenten vertieften praxisnahe Lerninhalte und Ausgrün-

dungen belebten die Wirtschaft. Die Politikerin warb um breite Unterstützung für den Antrag.

Die Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) führte in Vertretung für die Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) aus, dass „es gelebte Praxis in der Wissenschaft [ist], die Gesellschaft an den Erkenntnissen teilhaben zu lassen“. Sowohl die Zielvereinbarungen als auch der Koalitionsvertrag schließen die „Third Mission“ mit ein. Das gebe den Hochschulen freie Hand und finanziellen Raum bei der Einrichtung eines Transferbeauftragten, bestätigte die Ministerin.

Für die bevorstehenden „Herkulesaufgaben“ Klimawandel, Energiewende, Digitalisierung, sowie Demokratiestärkung, sei MV auf die Innovationen und den aktiven Wissens- und Technologietransfer angewiesen.

Hilfe bräuchten die kleinen Unternehmen, die über weniger Mittel und Ressourcen für Forschung und Kooperation verfügen. Dennoch, versicherte Stefanie Drese: „Einen weiteren parallelen Prozess brauchen wir deshalb nicht.“

Der Abgeordnete **Paul-Joachim Timm** (AfD) konnte nicht sehen, dass die Regierung in puncto Technologietransfer „schon sehr gut unterwegs ist“. Das könne aber auch ohne diesen diffusen und allgemeinen Antrag verbessert werden.

Es bescheinigte den Antragstellern eine Verspätung in der Reflexion, denn die geforderten Maßnahmen gäbe es bereits. Trotzdem sei es der Vorgängerregierung nicht gelungen, Unternehmen wie Tesla oder Intel für MV zu begeistern. Für junge Menschen hingegen, die sich selbständig machen wollten, existierten zahlreiche Anlaufstellen. Mit dem Antrag jedoch, so der Abgeordnete, entstände der Eindruck, dass die ordnende Hand des Staates überstrapaziert werde. Dies und somit den Antrag lehne die AfD ab. „Wir als AfD bauen dagegen auf den Erfindergeist mit seinen Patenten, den ideologiefernen Forschungsdrang und die Innovationskraft unserer Wissenschaft“.

Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) stimmte dem Antrag in vielen Punkten zu. Aber es gäbe zwei Probleme. Der Antrag fordere etwas, „was Bestandteil des Koalitionsvertrages ist und in dieser Legislatur vom zuständigen Ministerium abgearbeitet wird“. Konkret liste der Koalitionsvertrag fünf Punkte auf, die sich mit dem Antrag überschneiden und bis 2026 umgesetzt würden. „Dazu bedürfe es keiner politischen Ultimaten und keiner Anträge wie diesen“. Und zum anderen konzentriere sich die Drucksache zu sehr auf den wirtschaftlichen Aspekt. „Hochschulen sind natürlich nicht primär dazu da, nur Erfüllungsgelhilfe der Wirtschaft zu sein“, stellte die Abgeordnete klar und verwies auf die Verknüpfung der gesamten Zivilgesellschaft durch die „Third Mission“. Ihre Fraktion könne dem Antrag nicht zustimmen, nicht weil er grundsätzlich falsch sei, sondern weil die Zielsetzungen schon in Bearbeitung seien.

Hannes Damm (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN) zeigte sich enttäuscht, dass sich die Regierungskoalition der guten Sache verwehre. Der Antrag würde der großen Idee, „komplexe Aufgaben gemeinsam zu lösen“, den Weg ebnen. Es ginge um „eine strategische Vernetzung zwischen Land, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und der lokalen Wirtschaft“. Zumal sich zahlreiche Hochschulen des Landes mit für den ländlichen Raum relevanten Themen beschäftigen. Der Abgeordnete zählte die Forschung über Moore im Kontext mit der Bioökonomie

in Rostock und Greifswald, die Nutztierforschung auf der Insel Riems oder die Energieforschung in Stralsund auf. Da die „Third Mission“ im Arbeitsalltag leicht aus dem Blick geriete, seien die „nötigen zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen“ angebracht. Er bat seine Kollegen, ihre Positionen noch einmal zu überdenken und beantragte die Überweisung in den Ausschuss.

David Wulf (FDP) unterstützte die Ausführungen von Ministerin Drese. Es sei alles komplett richtig. MV habe exzellente Hochschulen. Mit Nachdruck verdeutlichte er: „Aber das, was wir wollen, ist mehr. Wir wollen ja den Transfer daraus. Wir wollen ja nicht nur diese Forschung.“ Die Aufzählung der Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag genügte ihm nicht.

Er vermisse die Hochschulen und Unternehmen verbindenden Strukturen. Das müsse deutlich verbessert werden.

Ein anderer Punkt sei, dass gerade auch Studenten ausgründen sollten, bevorzugt noch während des Studiums. Das bedürfe auch eines „Regelwerks für die Übertragung von geistigem Eigentum“. Eine Transferstrategie könne die notwendigen Standards dafür festlegen. Denn „das existiert nicht“, sorgte sich der Abgeordnete. Mit einer Landestransferstrategie käme „das nächste Mal vielleicht auch irgendwas wie Intel zu uns anstatt nach Magdeburg“.

Dirk Stamer (SPD) bescheinigte den Antragstellern Gespür für wichtige Themen: Starke Wissenschaft, Qualität der Lehre, Fachkräftemangel. Das ist alles gut und richtig. „Das Anliegen ist derart gut und richtig, dass die Koalitionspart-

ner das Thema Wissenstransfer längst intensiv bearbeiten“, verdeutlichte der Abgeordnete. Die Ministerin habe das bereits dargelegt.

Wie die Redner zuvor betonten, sei auch ihm der Fokus auf die wirtschaftliche Kooperation zu stark. Der Antrag lese sich fast wie eine „lokale Wirtschaftsförderung“ und werde dem Wesen der „Third Mission“ nicht gerecht.

Er bat zudem, die Entwicklungen seitens des Bundes abzuwarten. Es sei mit der Schaffung einer Deutschen Agentur für Transfer und Innovation zu rechnen. Sofern dies geschehe, sollten Synergieeffekte genutzt werden, um „das Rad nicht doppelt zu erfinden“. Das Thema sei wichtig, und in Arbeit. Er bat um Ablehnung des Antrages.

Katy Hoffmeister (CDU) zeigte sich enttäuscht über die Debatte. Alle versicherten, der Antrag sei gut, aber die Koalitionsfraktionen könnten nicht zustimmen. Sie wehrte sich gegen die Reduzierung auf die wirtschaftlichen Aspekte im Antrag, denn sie habe in ihrer Begründung die gesellschaftlichen Punkte klar herausgestellt. Von der Intel-Ansiedlung in Sachsen-Anhalt sei ihr bekannt, dass die dort vorhandene Landestransferstrategie das entscheidende Kriterium für die Standortwahl des Unternehmens war. Sie appellierte, nochmal über den Antrag nachzudenken.

*Antrag CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 8/531(neu)
Beschluss: Ablehnung der Überweisung
Ablehnung des Antrages*

Was ist die „Third Mission“? („Dritter Auftrag“)

Zu den ursprünglichen Aufgaben akademischer Bildungseinrichtungen gehören die Lehre und die Forschung, auch die „Erste Mission“ und die „Zweite Mission“ genannt. In unserer modernen und von Technologie geprägten Epoche hat sich das Selbstverständnis der Hochschulen und Universitäten erweitert. Sie möchten als Impulsgeber für die Gesellschaft, die Regionen und die Wirtschaft fungieren, also eine dritte Aufgabe wahrnehmen. Im wei-

testen Sinne umfasst die „Third Mission“: Technologietransfer, Innovation, wissenschaftliche Weiterbildung und gesellschaftliches Engagement. Nicht nur Resultate aus Forschung und Lehre sollen in Anwendungen überführt werden, sondern die Gesellschaft soll von der an den Hochschulen vorhandenen Expertise, dem Wissen, den Räumlichkeiten, den Kooperationen sowie Dienstleistungen Vorteile haben.

Arbeit an Kompromiss bei Klima- und Umweltschutz MV

Intensive Suche nach einer rechtlich tragbaren Lösung

■ Anfang 2021 stimmte der Landtag der Gründung der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV zu. Laut Satzung bestand der Hauptzweck in der „Durchführung und Förderung von Maßnahmen und Projekten des Klimaschutz“. Offizieller Nebenzweck war die Einrichtung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes, zur Unterstützung der Arbeiten an der Erdgasleitung Nord Stream 2. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine ist die Stiftung umstritten.

Mit dem von **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vorgetragenen Antrag forderte seine Fraktion die Landesregierung auf, die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV gemäß § 87 BGB aufzuheben. Der Abgeordnete war der Auffassung, die Stiftung gefährde das Gemeinwohl, denn sie stehe sowohl der europäischen Friedensordnung als auch den Klimaschutzziele des Landes entgegen.

Er führte in seiner Begründung mehrere Grundsatzentscheidungen deutscher Rechtsprechung an, mit denen die Stiftung durch die Beteiligung an Nord Stream 2 kollidiere. Dazu gehöre der Artikel 20a des Grundgesetzes, der den Staat zum Klimaschutz verpflichte. Weiterhin sei Artikel 25 des Grundgesetzes relevant, wonach „die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts“ seien. Demnach sei das fundamentale völkerrechtliche Prinzip der Nichtanwendung von Gewalt durch Russland verletzt worden. Da keine Bewegung in die Sache komme, sei nun „die im Justizministerium angesiedelte Stiftungsaufsicht am Zug“, die Aufhebung zu veranlassen oder eine neue Zweckbestimmung zu geben, so der



Foto: Jens Büttner

Der ehemalige Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Erwin Selling, ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Klima- und Umweltschutz MV.

Abgeordnete. Eine andere Option wäre die Auflösung durch den Stiftungsvorstand selbst. Stiftungsvorsitzender Erwin Selling lehne dies, genauso wie seine Abberufung, ab. Somit erachtete Hannes Damm die Auflösung der Stiftung durch die Stiftungsaufsicht als „das einzig verfügbare Mittel“.

Justizministerin **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) stellte sehr deutlich klar, dass sich ihr Ministerium als Stiftungsaufsicht lediglich den rechtlichen Voraussetzungen des § 87 BGB zu widmen habe. Sie könne nicht politisch agieren, sondern nur rein rechtlich. „Und genau das mache ich. Alles andere würde meiner Aufgabe nicht gerecht werden.“ Und aus Sicht der Stiftungsaufsicht, so die Ministerin, lägen die rechtlichen Voraussetzungen gemäß § 87 BGB aktuell nicht vor.

„Stiftungen werden für die Ewigkeit gegründet. Dementsprechend können sie auch nur unter engen Tatbestandsvoraussetzungen aufgehoben werden“, zeigte die Ministerin auf. Sie kritisierte, dass der Antragsteller alle möglichen Zwecke für eine Aufhebung der Stiftung anführe, aber nicht auf die Satzung eingehe. Die Feststellung, dass die Stiftung mit der Förderung von Nord Stream 2 den Klimazielen entgegenstünde, sei eine politische Bewertung. „Das ist für mich als Stiftungsaufsicht nicht maßgeblich“, so Ministerin Bernhardt.

Nikolaus Kramer (AfD) konnte den Ausführungen der Justizministerin nicht mehr viel hinzuzufügen. Er nahm Bezug auf die Gesprächsrunde vom 18. März mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Vorstand der Stiftung und dem Chef der Staatskanzlei. Dieses Treffen sehe er als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Lösung. Es gebe den bereits erwähnten Landtagsbeschluss vom 1. März und es würde in naher Zukunft einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss geben. „Sie kommen einfach zu spät. Das ist doch alles schon in der Mache“, richtete der AfD-Abgeordnete an Hannes Damm.

Prof. Dr. Robert Northhoff (SPD) gab die unmissverständliche Einschätzung, dass diesem Antrag aus formalen und inhaltlichen Gründen nicht zugestimmt werden könne.

Es existierten in Deutschland neben der Gewaltenteilung mit ihren jeweiligen Zuständigkeiten, gemeinnützige Institutionen, die sich ohne Zustimmung der Parlamente eine Satzung geben. „Man kann insofern auch vom Prinzip der Selbstverwaltung sprechen“, formulierte der Landespolitiker. Dies gelte auch für die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV. Das Ansinnen des Antrages sei rechtlich und fachlich abzulehnen. Formal sei die Landesregierung dafür nicht zuständig.

Er teile die Bewertung der Justizministerin zur fehlenden Handhabe. Die Stiftung wurde mit breiter Mehrheit be-

schlossen und anerkannt, gerade „weil sie dem Gemeinwohl eben nicht widerspricht“.

Die Stiftung ruhe derzeit, es würde über die Abwicklung nachgedacht, es ginge keine Gefahr von ihr aus, stellte der Abgeordnete fest. Der Versuch, die Stiftung mit dem Krieg in der Ukraine in Verbindung zu bringen, "ist an den Haaren herbeigezogen". Die Pipeline wurde im Interesse der Versorgungssicherheit des Landes mit breiter Mehrheit, nicht nur im Parlament, sondern auch in der Bevölkerung, gebaut. Mit der Entstehung des Krieges aber, habe die Stiftung nichts zu tun. Was könne also politisch getan werden, resümierte Prof. Northoff. Eine Selbstauflösung sei möglich, wenn der Zweck entfalle. Hierzu habe die Landesregierung das Gespräch gesucht. Das sei ein guter Ansatz.

Sebastian Ehlers (CDU) wisse um die Bedeutung des Themas Stiftungsrecht und dass es dort enge Grenzen des staatlichen Eingriffs gebe. Darum sei hier die Debatte notwendig und offene Fragen seien zu klären. Besonders „warum das Kuratorium nicht besetzt ist, denn das Kuratorium könnte mit Zweidrittelmehrheit und einstimmigen Vorstandsbeschluss die Stiftung auflösen“. Auch könne die Ministerpräsidentin den Vorstand abberufen. Die Gespräche sind am Laufen und auch gelte es, das sachliche Gutachten abzuwarten. „Und deswegen würde ich sehr dafür werben, dass wir den heutigen Antrag in den zuständigen Rechtsausschuss überweisen“, bat der Politiker. Dort könne dann gemeinsam beraten werden, wie weiter zu verfahren sei. Er sei überzeugt, es „eint uns alle das Ziel, die Stiftung aufzulösen“. Sollte die Überweisung nicht stattfinden, dann enthält sich die CDU, weil es „natürlich die rechtlichen Bedenken gibt.“

Michael Noetzel (DIE LINKE) fand es eine interessante Fragestellung, wer oder was die Friedensordnung, die Klimaziele und das Gemeinwohl gefährde. Er könne anhand § 87 BGB nicht erkennen, „wie man bei der Klimastiftung dazu kommen will, dass sie das Allgemeinwohl gefährde“. Das würde bedeuten, der Klimaschutz gefährde die Klimaziele. „Dass sie aus politischen Gründen nicht mehr haltbar ist, steht

auf einem anderen Blatt und da sind wir uns alle einig“, bestätigte der Landtagsabgeordnete.

Sollte es der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag Ernst sein, dann müsste sie für einen Importstopp aller Rohstoffe aus Ländern mit Menschenrechtsverletzungen eintreten, richtete der Abgeordnete an die Einbringer der Drucksache. Eine Umweltstiftung mit ungewisser Zukunft hingegen, sei weder geeignet noch in der Lage, den Weltfrieden und das Gemeinwohl zu gefährden. „Sie schießen hier mit Kanonen auf Spatzen“, weshalb DIE LINKE den Antrag ablehne.

René Domke (FDP) teilte ebenfalls die Ansicht, es sei formal falsch, den Antrag an die Landesregierung zu richten. Die Stiftungsauflösung sei „eine rein aufsichtsrechtliche Maßnahme“, da kann man nicht einfach einen Beschluss fassen und die Landesregierung damit beauftragen. Er warne davor, das Argument der Gemeinwohlgefährdung zu nutzen, um politisch unerwünschte Stiftungen zu beseitigen. Das gebe § 87 BGB auch nicht her. Es liege weder ein Widerspruch zur verfassungsmäßigen Ordnung noch ein Stiftungszweck vor, der „ein verfassungswidriges Verhalten der Stiftungsorgane nahelegen würde“. Selbst wenn man die hohen Hürden nehmen könnte, müsse weiterhin der Stiftungswille berücksichtigt werden und zunächst eine Zweckänderung vorgenommen werden. Auch wenn offensichtlich Haupt- und Nebenzweck verwechselt wurden, sei immer noch ein realer Teilzweck vorhanden. „Dass wir das alle politisch nicht wollen, darüber sind wir uns einig. Dazu gibt es einen Beschluss.“ Aber der direkte Weg zur Aufhebung sei schwierig. Darum würde ja auch der übergreifende Austausch stattfinden. So wie der Antrag formuliert sei, müsse er abgelehnt werden.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entnahm der Debatte, dass es den Rednern um den Willen des Stifters ginge. Er hielt dagegen, auch die Umstände der Stiftungsgründung in Betracht zu ziehen. Die Umgehung der US-Sanktionen für den Bau der Ostsee-Pipeline war und sei noch stets der offensichtliche Hauptzweck. Genau dieser Zweck aber ergebe eine Möglichkeit zur

Stiftungsauflösung. Da könne man nun nicht den Klimaschutz in den Vordergrund stellen. Er sehe eine Diskrepanz im Zweck und Handeln der Stiftung. Wenn alle das gleiche Ziel wollten, würde dies bei Ablehnung des Antrages schwierig.

Die Überweisung wurde trotz Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU mit den Stimmen von DIE LINKE, SPD, AfD und Enthaltung der FDP abgelehnt. Der Antrag erhielt nur die Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die CDU enthielt sich, während DIE LINKE, SPD, AfD, FDP mit Ablehnung votierten.

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/537*

*Beschluss: Ablehnung der Überweisung
Ablehnung des Antrages*

*Abstimmungsverhalten
Überweisungsantrag: Zustimmung:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU
Enthaltung: FDP
Ablehnung: DIE LINKE, SPD, AfD*

*Abstimmungsverhalten Antrag:
Zustimmung: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Enthaltung: CDU
Ablehnung: DIE LINKE, SPD, AfD, FDP*



Foto: Jens Büttner

Mecklenburg-Vorpommern ist als Agrar- und Flächenland bekannt. Wie sich die Potenziale des Landes nutzen lassen, wurde im April im Plenarsaal diskutiert.

Ernährungssicherheit trotz Krisen

Zukunftsfähige Perspektiven für Agrarland MV

■ Auf Antrag der CDU erörterte der Landtag im April im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ das Thema Ernährungssicherung und europäische Ernährungssouveränität. Thomas Diener (CDU) hielt die Aussprache für dringend. Denn die gegenwärtige Lage sei von Krisen, Preissteigerungen und Störungen der Logistik gekennzeichnet. Andere Trends, wie eine zunehmende Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Flächenreduzierung, existierten schon länger. Die deutsche Landwirtschaft würde durch EU-Vorgaben bestimmt, die nicht die momentane Krisensituation berücksichtigten. Damit die Nahrungsmittelerzeugung die Hauptaufgabe der Landwirtschaft in Europa bleibe, schlägt die CDU vor, alle EU-Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen, besonders die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP2023), den EU-Green Deal, die „Farm-to-Fork“-Strategie sowie Vorgaben zur Wiederaufforstung und Wiedervernässung. Der Abgeordnete drängte, von der Bundesregierung grünes Licht für die deutsche Umsetzung aktuell erlaubter EU-Maßnahmen zu erwirken. Zum Beispiel gestatte die EU, ökologische Brachen wieder zu bewirtschaften. In Deutschland würden sie nur für die Futterproduktion zugelassen, was andere Länder großzügiger handhabten.

Für Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) sei die Landwirtschaft „hochgeachtet“ und „systemrelevant“. Gesunde Ernährung sei ein Menschenrecht, „und zwar auf dem gesamten Planeten“. Er unterstütze, die ökologischen Vorrangflächen zeitweise in die Produktion zu nehmen. In MV seien das 36.000 Hektar, davon könnten auf 22.500 Hektar Getreide, Futter- und Eiweißpflanzen angebaut werden. Das würde 1,2 Millionen Menschen ein Jahr lang versorgen. „Ich glaube, das macht Sinn in dieser

Zeit“, hob Minister Backhaus hervor und hoffte, dass es dafür im Bundesrat eine Mehrheit gebe. Er warnte jedoch davor, die in der Vergangenheit erkämpfte Akzeptanz einer umweltverträglicheren Landwirtschaft „über Bord zu werfen und jetzt auf Teufel komm heraus auf den Markt zu setzen“. Auch wenn er dieser Strategie „eine klare Absage“ erteile, gebe es Spielraum für kurzfristige Anpassungen. Er illustrierte seine Überzeugung: „Klimaschutz, Artenschutz, sauberes Wasser und gesunde Ernäh-

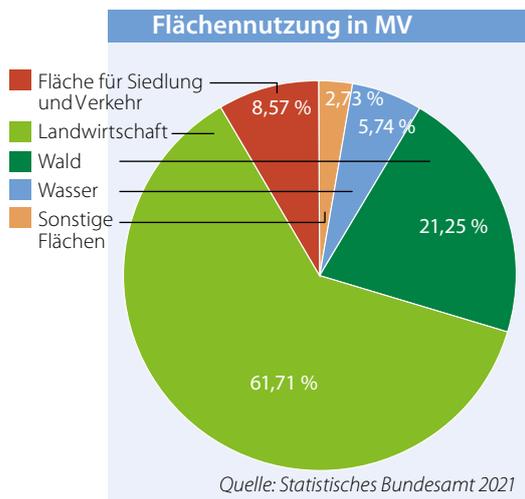
rung – das muss im Einklang passieren“. Ansonsten haben „Mensch, Tier, Pflanze, Boden keine Chance auf diesem Planeten“.

Thore Stein (AfD) stellte fest, dass den meisten Menschen bis vor kurzem die Rolle der Ukraine für die Welternährung und für Deutschland unbekannt war. Trotzdem gehe er davon aus, dass die Folgen für die wohlhabende Bundesrepublik in Grenzen blieben.

Die gegenwärtigen Krisen träfen auf ein Europa, welches sich gerade anschickte, „mit seinem Green Deal den Anteil an ökologischer Landwirtschaft auf 25 Prozent zu steigern, 4 Prozent ertragreicher Produktionsflächen stillzulegen und 50 Prozent des Pflanzenschutzmitteleinsatzes [...] zu reduzieren.“ Er befürwortete

Farm-to-Fork-Strategie

Die „Farm-to-Fork-Strategie“ (F2F) ist ein zentraler Punkt des „Europäischen Green Deal“ und richtet sich auf nachhaltige Produktion, Verteilung als auch Konsum von gesunder Nahrung. Dies wird mit dem einprägsamen Motto „vom Feld bis zur Gabel“ umschrieben. Konkret gehören dazu bis zum Jahr 2030 die 50-Prozentige Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden und antimikrobieller Substanzen, sowie des Nährwertverlustes anzustreben. Gleichzeitig soll der Anteil des ökologischen Landbaus auf 25 Prozent erhöht werden.



nicht die Wiederaufnahme der Agrarproduktion auf mühsam renaturierten Flächen. „Aber mindestens eine Beibehaltung der aktuellen Produktionsflächen und Größenordnungen sollte doch selbstverständlich sein.“ Der Blick nach vorne schließe auch Innovation und Gentechnologie mit ein. So wie der Landwirtschaftsminister verurteile er Spekulationen und Preistreiberei mit Agrarprodukten.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) zweifelte die pessimistischen Prognosen der CDU zur Ernährungssicherheit an. Das schüre Ängste. Er sehe hier einen Versuch, den Krieg in der Ukraine zu missbrauchen, „um argumentativ gegen den langfristig dringend notwendigen Umbau der europäischen und deutschen Landwirtschaft vorzugehen und sich in den Dienst der Agrarlobby zu stellen“. Die Aufkündigung mühsam errungener Kompromisse sei für ihn eine „Rolle rückwärts“. Die Lösungen lagen schon vor dem Krieg auf der Hand: weniger Fleischexporte, weniger Pflanzenöle im Tank, mehr pflanzliche Ernährung und als besonders wichtig erachtete der Abgeordnete weniger Lebensmittelverschwendung.

„Die globale Ernährungssicherheit wird sich nur dann verbessern, [...] wenn wir die Welthandelsbeziehungen gerechter gestalten und den Klimawandel stoppen.“ Für DIE LINKE bedeute dies weg vom Weltmarkt – hin zum Wochenmarkt. „Weniger global, mehr regional, dann klappt es auch mit der Ernährungssouveränität und der Ernährungssicherheit“, resümierte der Abgeordnete.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte die Verurteilung von Lebensmittelverschwendung in den Ausführungen von Thomas Diener (CDU). Leider folgte darauf eine Melange an dramatischen Entwicklungen, deren Ursachen nicht korrekt zugeordnet wurden. Es seien nicht die steigende Weltbevölkerung und die reduzierten Flächen, die zu weniger Ernährungssicherheit führten. Grund sei hier die intensive Ausbeutung der Böden, verstärkt vom Klimawandel. Minister Backhaus habe schon ausgeführt, wie Spekulationen zu Preistreiberei führten. Es sei ein Problem, wenn Nahrungsmittel in Öl-Äquivalenten am Spotmarkt gehandelt würden.

Den Landwirten in MV, in Deutschland und Europa müssten langfristige Perspektiven eröffnet werden. „Dann sind sie bereit, etwas für den ökologischen Landbau zu tun“, zeigte sich Dr. Terpe überzeugt. Die EU habe in erheblichem Maße Beiträge für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft geleistet. „Dieser Weg muss weiter gegangen werden.“

Sandy van Baal (FDP) war weniger in Sorge um die Ernährungssicherheit in Deutschland, jedoch in Afrika und den ärmeren Regionen der Welt, die „jetzt schon kaum etwas zu essen haben“. Ihre Fraktion sei sich der Brisanz der aktuellen weltweiten Ernährungslage bewusst und befürworte die „Entscheidung der EU-Kommission für dieses Jahr, die ökologischen Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion freizugeben“. Es wurde versäumt, so die Abgeordnete weiter, „Notfallpläne

für unvorhersehbare Ereignisse in der Landwirtschaft zu entwickeln“. Darum müssten jetzt alle Kapazitäten ausgeschöpft werden, um Nahrungsmittel zu produzieren. Sie machte deutlich: „Meine Fraktion und ich halten dabei sehr wenig davon, so wie es nun einige tun, grundsätzlich Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen.“ Stattdessen müsse eine durchdachte, europäische Landwirtschaftspolitik es den Landwirten ermöglichen, zu leben und der Natur, zu gedeihen.

Die CDU habe ein Thema eingebracht, das dem Zweck der „Aktuellen Stunde“ gerecht werde, stellte **Elisabeth Aßmann** (SPD) fest. Allerdings hätte sie sich mehr Antworten als Feststellungen gewünscht. Sie machte in den Klimaveränderungen eine der Hauptursache für den Hunger, konkret im globalen Süden, auf dem afrikanischen Kontinent, aus. „Und da haben auch wir in Deutschland, in Europa, im globalen Norden, einen großen Anteil daran.“ Dennoch habe die Diskussion gezeigt, dass es extrem schwierig sei, die eine Lösung zu finden. „Es gibt nur Maßnahmenpakete.“ Von der EU freigegebene Flächen sollten auf jeden Fall zur Ernährungssicherung genutzt werden „und wir müssen das produzieren, was gebraucht wird“, mahnte die Abgeordnete an.

Während es für die Aussaat von Sommergetreide schon zu spät sei, hätten Eiweißpflanzen jetzt noch eine gute Chance. Sie würde es gern sehen, dass alle zügig zu einer einheitlichen Linie kämen. „Damit könnten wir unserer Verantwortung gegenüber dem Hunger und dem Klima gerecht werden.“

Antrag CDU Drucksache 8/532

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Gemeinsame Agrarpolitik 2023-2027 (GAP 2023)

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union ist seit Jahrzehnten ein generelles Instrument für die Regulierung der Landwirtschaft in der EU. Neu ist, dass mit „GAP 2023“, die Landwirtschaft als starker Partner in der Erreichung der Umwelt- und Klimaziele der EU betrachtet wird. Neben der Einräumung von mehr Flexibilität für die Mitgliedsstaaten in der Anpassung von EU-Regeln werden zukünftig kleinere landwirtschaftliche Betriebe gefördert.

Europäischer Green Deal

Der „Europäische Green Deal“ beinhaltet als großes, übergreifendes Ziel, die Klimaneutralität des europäischen Kontinents bis zum Jahr 2050.

Ein entscheidender Beitrag für reine Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und Biodiversität wird von der Landwirtschaft erwartet und durch mehrere Strategien, wie „Farm-to-Fork“ und „GAP2023“ begleitet.



Am 25. April stellte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023 dem Landtag vor

Foto: Uwe Sinnecker.

Landeshaushalt 2022/2023

Der neue Haushaltsentwurf verknüpft Wirtschaft, Gerechtigkeit und Ökologie

■ Sieben Monate nach der Landtagswahl, mit Beginn des 2. Quartals 2022, legte die Regierungskoalition von SPD und DIE LINKE einen Haushaltsplanentwurf für das Doppeljahr 2022-2023 vor. Gemäß Landesverfassung und Landeshaushaltsordnung ist ein Haushalt per Gesetz vom Landtag zu verabschieden. Darum erfolgte am 25. April 2022 in einer Dringlichkeitssitzung die Erste Lesung für das Haushaltsgesetz 2022/2023 und das Haushaltsbegleitgesetz 2022/2023. Somit wird die Zweite Lesung und Gesetzes-Verabschiedung noch vor dem Sommer ermöglicht. Die Haushaltsplanung folgte den Zielen: hohe Investitionen; finanzielle Unterstützung für die Kommunen; Förderung sozialer Programme; keine neue Schuldenaufnahme. Die Opposition zeigte sich unzufrieden mit der Aufteilung der Finanzen, der zögerlichen Konsolidierung und der mangelnden Risikoabschätzung und kündigte ausführliche Diskussionen in den Ausschüssen sowie Änderungsvorschläge an.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) eröffnete die Debatte mit dem Verweis auf die schwierigen Rahmenbedingungen, Corona-Pandemie und Ukraine-Krise, unter denen der Doppel-

haushalt 2022/23 erstellt werden musste. Trotzdem sei es kein Krisenhaushalt. „Es ist ein Haushalt des Aufbruchs und der Weichenstellung für die Zukunft unseres Landes, ... [um] unser Land wirt-

schäftlich stärker, sozial gerechter und umweltfreundlicher und nachhaltiger zu machen. Das ist unser gemeinsames Ziel.“ Die Basis für die wirtschaftliche Stärke des Landes sehe die Ministerpräsidentin in Investitionen in Zukunftstechnologien. Der Haushalt beinhalte dafür 3,2 Milliarden Euro. Leuchtturmprojekte seien der Breitbandausbau für schnelles Internet und die Wasserstofftechnologie als Ausgangspunkt für erneuerbare Energien. Hinsichtlich des Ziels der Klimaneutralität erklärte Manuela Schwesig: „Unser Weg dorthin ist ein Weg der Anreize und nicht der Verbote.“ Zur Wichtigkeit der Kommunen betonte sie: „Und wir können es nicht oft genug sagen: Die Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie. ... Die Kommunen bekommen in den nächsten Jahren, aus Gemeindesteuer und Finanzausgleichsleistungen zusammen, erstmals mehr als 2,9 Milliarden Euro.“ Ferner blieben Zuwendungen für soziale Programme ein wichtiges Anliegen: „Wir halten unser Versprechen, dass trotz aller finanziellen Herausforderungen, die große Errungenschaft der gebührenfreien Kita, von Krippe, Kinder-

Fotos: Uwe Sinnecker



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig während der Haushaltsdebatte.



Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzende der AfD



Franz-Robert Liskow, Fraktionsvorsitzender der CDU



Jeannine Rösler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE



Dr. Harald Terpe, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

garten, Hort, bleibt.“ Hinzu komme ab diesem Sommer der kostenfreie Ferienhort, der besonders die Mütter und Väter entlasten würde, die im Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern im Tourismussektor arbeiteten.

Der Entwurf sei auch ein Haushalt ohne neue Schulden, führte sie fort. Allerdings würden 180 Millionen Euro aus der ungebundenen Ausgleichsrücklage entnommen. Gleichzeitig müsse jetzt schon an Einsparungen gedacht werden, damit der nächste Doppelhaushalt die solide Finanzpolitik fortsetze, so die Ministerpräsidentin. Denn bei sinkenden Steuereinnahmen und einer gesetzlich verankerter Schuldenbremse Investitionen zu tätigen, gleiche „einer Quadratur des Kreises“.

Manuela Schwesig bat alle Fraktionen, in den Ausschüssen konstruktive Vorschläge für Einsparungen zu beraten.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**, reagierte kritisch auf die Ausführungen der Ministerpräsidentin. Anstatt nach der Regierungsbildung sofort an den Haushaltsentwurf zu gehen, wurde den langwierigen Koalitionsverhandlungen, der Umstrukturierung der Ministerien, den Entscheidungen zur Postenverteilung Vorrang gegeben. Er beklagte: „Wir schreiben heute mittlerweile den 25. April.“ Bevor der Haushalt beschlossen werden könne, sei es Juni. „Das Haushaltsjahr 2022 ist damit für wesentliche neue Maßnahmen, insbesondere zum Beispiel Investitionen, praktisch verloren.“

Ferner seien acht Wochen nicht genug Zeit für die Haushaltsberatungen. „Das ist der Wesenskern der Demokratie: die offene Debatte in den Ausschüssen und hier im Plenum.“ Mit der Verkürzung dieses Austausches würden Sargnägel in die Grundfesten unserer demokratischen Ordnung geschlagen. Dann formulierte der Abgeordnete mit Nachdruck: „Unsere Hauptkritik richtet sich an die Personalpolitik dieser Landesregierung. Wir verzeichnen ein stetiges Anwachsen der Ministerialbürokratie. Hatten wir im Jahr 2017 noch 2.049 Stellen im Regelbereich der Ministerien, so schreiben wir für das Jahr 2023 2.200 Stellen. Hinzu kommen immer mehr Möglichkeiten der Doppelbesetzung eben genau dieser Stellen. Und das alles bei sinkender Bevölkerungszahl.“

Tatsächlichen Mehrbedarf sehe er bei der Landespolizei oder in der Führerscheinstelle Greifswald, wo der Bürger ein halbes Jahr auf einen Termin warten müsse.

Bei der Landesforst seien die Stellen zwar seit 2017 konstant, die Forstarbeiter würden aber älter und die körperlich anstrengenden Arbeiten nicht weniger. Zudem gab Nikolaus Kramer zu bedenken, dass energiepolitische Investitionen, wie von der Landesregierung vorgeschlagen, auf der Bundesebene angesiedelt seien. Er hoffte auf parteiübergreifende, sachliche Diskussion in den Ausschüssen und kündigte Änderungsvorschläge an.

Franz-Robert Liskow, Fraktionsvorsitzender der CDU, verwies auf die Themen Corona und Ukraine-Krieg, die gravierende Auswirkungen auf den Landeshaushalt hätten. Er fand, dass der Haushaltsentwurf von einer Scheu vor Veränderung durchgezogen sei. Der Plan würde der „Verantwortung für gesunde Staatsfinanzen nicht gerecht“, was aus seiner Sicht vor allem an der nicht zu erkennenden Konsolidierung läge.

„SPD und LINKE wollen sich mit schmerzhaften Einschnitten nicht befassen, sondern setzen stattdessen auf das Prinzip Hoffnung.“

Man hoffe wohl, so der Abgeordnete, die Wirtschaft und somit die Steuereinnahmen erholten sich schneller als derzeit absehbar. Die CDU habe dazu eine klare Auffassung: Corona war eine absolute Ausnahme. Doch nun müssten die öffentlichen Haushalte wieder ausgeglichen werden. Deutschland habe seit den 1970er Jahren gelernt, dass Staatsschulden nicht nachhaltig seien. Diese Perspektive sei wichtig, da es noch keine Antworten auf die Auswirkungen des Krieges gäbe und der Haushaltsentwurf der Maisteuerschätzung wahrscheinlich nicht Stand hielt. Für die Jahre 2024-2026 bestünde ein Konsolidierungsbedarf von rund 1,3 Milliarden Euro, erkannte der Fraktionsvorsitzende. Er sehe aber nur Einsparungen von 150 Millionen Euro pro Jahr. „Letztlich besteht die finanzpolitische Strategie von Rot-Rot also darin, auf steigende Steuereinnahmen zu setzen, möglicherweise sogar mithilfe von Steuererhöhungen“, war seine Befürchtung.

Zum Umgang mit dem Corona-Schutzfond merkte er an, dass zum Beispiel die Bauwirtschaft keine Probleme während der Pandemie gehabt habe. Darum dürften keine Finanzen aus dem Schutzfond in Bauprojekte fließen. Das sei nicht mit der Schuldenbremse vereinbar und könne zu Verfassungsverstößen führen. Die CDU würde Verbesserungen und Änderungen in den nächsten Wochen vorlegen, um Korrekturen einzufordern.

Die Fraktionsvorsitzende von DIE LINKE, **Jeannine Rösler**, erinnerte an eine elementare Feststellung aus der 100. Sitzung des Landtages im Oktober 2020, nämlich, dass sich die finanz- und haushaltspolitische Lage seit dem Frühjahr 2020 in einer noch nie dagewesenen Art und Weise verändert habe. Allen müsse klar sein: „Die Folgen der Krisen sind in diesem Haushalt und darüber hinaus noch lange drastisch spürbar.“ Die Regierungskoalition stelle sich diesen immensen Herausforderungen. „Zugleich setzen wir den Koalitionsauftrag Schritt für Schritt um. Wir investieren klug in die Zukunft und wir konsolidieren den Haushalt. Wir werden keine neuen Schulden aufnehmen“, versicherte die Abgeordnete. Damit befände sich das Land allen Unkenrufen zum Trotz auf dem Weg zu einem nachhaltigen und zukunftsorientierten Mecklenburg-Vorpommern. Sie ergänzte: „Gerade in der Bildung setzen wir deutliche Akzente. [...] Das zeigt sich nicht nur bei der Gewinnung von Lehrkräften, sowie Erzieherinnen und Erziehern. Wir stärken auch den schulpsychologischen und diagnostischen Dienst. Der kostenfreie Ferienhort kann künftig länger genutzt werden und wir sichern den landeseinheitlichen Mindestpersonalschlüssel in der Kita.“

Der Fraktionsvorsitzenden war klar, dass die Zeit dränge, die erneuerbaren Energien auszubauen. Sie sehe hier auch die Verantwortung des Bundes. Vor allem aber müssten Kommunen Vorteile haben, wenn in ihrem Umfeld nachhaltiger Strom produziert würde: „Es darf nicht länger so sein, dass gerade dort, wo der Ausbau der Erneuerbaren [Energien] besonders voranschreitet, die höchsten Strompreise zu zahlen sind.“ Für den Schwerpunkt „Soziale Gerechtigkeit“ stellte Jeannine Rösler fest: „Ja,



Im Vordergrund: Abgeordnete der Fraktion AfD; dahinter Abgeordnete der Fraktionen FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD

es ist kein Geheimnis. Wir wollen mehr als bislang im Koalitionsvertrag vereinbart und im Haushalt eingeplant ist.“

Dr. Harald Terpe, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betrachtete den Haushaltsentwurf unter den Gesichtspunkten der rechtlichen Korrektheit, der realistischen, nachhaltigen Planung, der Zukunftsausrichtung und der Risikoabschätzung.

Durch die Umstrukturierung der Ministerien sei es schwierig, Vergleiche mit den vorherigen Haushalten anzustellen. Mehr Sorgen bereiteten dem Fraktionsvorsitzenden die „wirklichen Verwerfungen“, die gleichzeitig ablaufenden Krisen, manche vorhersehbar, manche nicht.

Gerade bei den bekannten Krisen wie Klima, Digitalisierung, Fachkräftemangel, so der Abgeordnete, sei es „erstaunlich, dass Reaktionen immer erst dann erfolgen, wenn das Wasser bis zum Hals steht.“

Seine Alarmglocken schrillten, wenn er lese, dass 1.881 Lehrerinnen und Lehrer bis 2026 in den Ruhestand gingen. Die Koalition beabsichtige 1.000 Stellen neu zu besetzen, doch zunächst müssten Lehrer ausgebildet werden. Fiskalische Mittel allein reichten da nicht.

Viele Fragezeichen sah der Politiker bei schwer kalkulierbaren Risiken wie die Konjunkturerwicklung, die Zinsbelastung, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. „Es wird auf der Basis der Steuerschätzung von November 2021 ein strukturelles Defizit für die nächsten

Jahre prognostiziert. Das ist ein Risiko“, da sich die Bedingungen inzwischen dramatisch geändert hätten.

In puncto Zukunftsfähigkeit erkenne er keinen Aufbruch in die Zukunft: „Jedenfalls muss man im Haushalt den Begriff Klimaschutz, erneuerbare Energien, einen Eigenbeitrag zur Agrarwende und zur Verkehrswende, die den Namen verdient, mindestens mit der Lupe suchen.“ Für den Megatrend Digitalisierung fehle es an einem durchdachten, Ressortübergreifenden Konzept.

Auch wenn Dr. Harald Terpe den Haushaltsplanentwurf als kraftloses Stückwerk empfinde, freue er sich auf die Diskussion in den Fachausschüssen.

René Domke, Fraktionsvorsitzender der FDP, begann mit einem Dank an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie seien es, „die es mit den von ihnen erwirtschafteten Steuergeldern überhaupt erst einmal ermöglichen“ einen Landshaushalt zu finanzieren, und das sogar mit steigendem Ergebnis. „Und das heißt, dass wir einem verantwortungsvollen Umgang verpflichtet sind.“ Darum beunruhige ihn, dass die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. „Wir haben einen negativen Finanzierungssaldo von 466 Millionen Euro in 2022 und immerhin 219 Millionen Euro in 2023.“ Da hätte er sich mehr Lösungsvorschläge gewünscht. Weil „für uns gilt das Prinzip, die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten, und nicht umgekehrt“, verdeutlichte der Abgeordnete.



Abgeordnete der Fraktionen DIE LINKE, SPD und im Vordergrund Marc Reinhardt, CDU

Er wisse, Einsparungen seien schwer zu finden, besonders in der Kürze der Zeit. Die FDP als Oppositionspartei erachte es als ihre Aufgabe, darauf zu achten, „dass es nicht allzu viele Füllhörner gibt.“ Er bat, nicht zu vergessen, dass unklar sei, wie viele Flüchtlinge noch aus der Ukraine kommen würden und welche neue Sicherheitsarchitektur sich nach dem Krieg etabliere. Dies seien Umstände, die den Haushalt beeinflussen. Preissteigerungen, Inflation, höhere Rohstoffpreise übten einen enormen finanziellen Druck aus. „Steuererhöhungen wären im Moment aber auch Gift. Weil, wir brauchen dringend, dringend die Mittel für Investitionen und Innovationen.“

Auch er sehe die Novembersteuerschätzung problematisch. „Angesichts der vielen unabwägbaren Kosten, ist ein Doppelhaushalt, nach meiner Meinung eigentlich gar nicht vertretbar. Wir wissen jetzt schon, dass wir uns auf Nachtragshaushalte von vornherein vorbereiten müssen.“ Er wundere sich, was aus den eingesparten Reisekosten geworden sei oder warum die Landesverwaltung immer noch Faxgeräte einkaufe. René Domke gab dem Haushaltsentwurf das Prädikat „zaghaft bis mutlos in das Jahr 2030“. Für die FDP seien noch viele Details offen, die sie in den Ausschüssen bereden wolle.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD, **Tilo Gundlack**, gab einen Überblick zu den Einzelplänen des Landeshaushaltes. Er dankte allen Ministerien für die soli-

de Erarbeitung der Haushaltsentwürfe, ohne die anstehenden Herausforderungen aus dem Blick zu verlieren. Die Beratungen in den Ausschüssen würden das verdeutlichen. „Allerdings wird es nie einen optimalen Haushalt geben, denn dazu müssten wir alle einer Meinung sein. Und dies erachte ich bei der Bandbreite des politischen Spektrums und den unterschiedlichen politischen Ansichten als ausgeschlossen.“

Neben dem Koalitionsvertrag basierten die Pläne auf den letzten Steuerschätzungen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung würde Mitte Mai 2022, mitten in den Haushaltsberatungen, eine neue Prognose abgeben. Daraus folgende Anpassungen seien ein normaler Vorgang, versicherte der Abgeordnete.

Ein großer finanzieller Posten seien die Personalausgaben für die Landesverwaltung und deren nachgeordneten Einrichtungen. Mit 2,5 und 2,6 Milliarden Euro im Zeitraum des Doppelhaushaltes seien dies mehr als 25 Prozent des Etats, die bis zum Jahr 2026 auf 29 Prozent ansteigen. Sorge bereite ihm die Ruhestandswelle. Nicht alles sei mit der Digitalisierung kompensierbar, zum Beispiel Mitarbeiter in der Bildung, in der Justiz, bei der Polizei und in der Forstwirtschaft. Es würde um jeden Kopf gerungen, wissend, dass dies im Wettbewerb mit der Wirtschaft geschehe. Fachkräfte und genügend Arbeitskräfte seien aber fundamental wichtig: „Da können wir mit noch so vielen Geldscheinen wedeln, ohne eine Bereitstellung von ge-



René Domke, Fraktionsvorsitzender der FDP



Tilo Gundlack, Finanzpolitischer Sprecher der SPD



Finanzminister Dr. Heiko Geue (SPD)

nug Arbeitskräften, gelingt uns dabei gar nichts.“

Der Finanzexperte bestätigte, dass der neue Haushalt auf die Rücklagen zugreifen werde. Gern würde er in den Ausschüssen sachlich und konstruktiv über die 150 Millionen Euro Minderausgaben diskutieren.

Finanzminister **Dr. Heiko Geue** (SPD) charakterisierte einprägsam die Ausgangslage: „Wir leben in einer Zeit, in der sich die Krisen nicht nacheinander jagen, sondern in der tatsächlich Krisen, Katastrophen und dieser schreckliche Krieg ... gleichzeitig stattfinden.“ Neben der Corona-Pandemie seien die Inflation, Winterstürme, Afrikanische Schweinepest zu bewältigen. Trotzdem sei es mit dem neuen Haushalt gelungen, in die Zukunft zu weisen. Von der Perspektive 2030 aus betrachtet, seien klare Schwerpunkte erkennbar. Dr. Geue erwähnte den Klimawandel und die damit verbundenen massiven Investitionen in die Energiewende „die notwendig sind, um hier klimaneutrale Industrie aufzubauen. Das ist eine Riesenchance für Mecklenburg-Vorpommern! Klimaneutrale Indus-



Abgeordnete der Fraktionen CDU, FDP und AfD



Abgeordnete der Fraktion SPD



v.l.n.r. Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und AfD

Hintergrund

Ausgangslage

Für die Bewältigung der Pandemie hat das Land einen Kredit von 2,85 Milliarden Euro aufgenommen. Dieses Geld wurde in den „MV-Schutzfonds“ überführt, der für die Jahre 2020 bis 2024 und teilweise bis 2025 genutzt werden soll. Mit Mitteln aus dem Schutzfonds wurden auch Maßnahmen finanziert, die notwendig, aber eigentlich später geplant waren. Ein Umstand, der nun für gewisse Entlastung in der Planung sorgt. Das Finanzministerium erwartet, dass Pandemie-bedingte Einnahmeverluste weniger drastisch ausfallen, als angenommen. Dennoch bedarf es einer Konsolidierung und Neu-Priorisierung der Finanzen, um dem im Koalitionsvertrag festgelegten Anspruch einer soliden Finanzpolitik gerecht zu werden.

Annahmen und Risiken

Die Planung für den Landeshaushalt geht von einer wirtschaftlichen Erholung aus, hat aber durch den Krieg in der Ukraine verursachte Effekte noch nicht berücksichtigen können. Weiterhin sind Mindereinnahmen zu erwarten, die durch steuerliche Regelungen auf Bundesebene entstehen könnten. Die demografische Herausforderung für die Landesverwaltung besteht darin, dass rund 1.000 Beschäftigte pro Jahr, jeder dritte Beschäftigte der Landesverwaltung, in den kommenden zehn Jahren in den Ruhestand geht. Für die Wirtschaft in MV wird die Anzahl der erwerbsfähigen Personen in den kommenden zehn Jahren jährlich voraussichtlich um mehr als 10.000 Personen pro Jahr beziehungsweise um über 1 Prozent jährlich sinken.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Landes aus Steuern, dem Länderfinanzausgleich (LFA, bis 2019) und Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen betragen 2010 4,0 Milliarden Euro und stiegen bis 2019 auf einen Rekordwert von 6,3 Milliarden Euro. Die Jahre 2020 und 2021 haben diesen Trend gestoppt, für die Jahre 2022 und 2023 wird mit einer Einnahmesteigerung gerechnet. Diese Prognose ist jedoch vorläufig.

Ausgabenentwicklung

Mit den Einnahmen sind auch die Ausgaben gewachsen. Im Jahr 2020 erreichten die laufenden Ausgaben mit rund 10,9 Milliarden Euro einen Höchststand. Darin sind die rund 3,8 Milliarden Euro Ausgaben aufgrund der Corona-Pandemie berücksichtigt. Mit dem Haushaltsplan-Entwurf 2022/2023 würden die laufenden Ausgaben um rund 0,9 Milliarden Euro steigen, wenn die Sonderausgaben für die Corona-Pandemie nicht betrachtet werden.

Der Anstieg der Gesamtausgaben im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 14 Prozent.

Im Jahr 2023 werden die Ausgaben durch den teilweisen Wegfall von temporären Ausgaben leicht um 3 Prozent sinken.

In den Jahren ab 2024 ist wieder ein jährlicher Anstieg (rund 3,1 Prozent für 2024, rund 4,3 Prozent 2025) zu verzeichnen und damit übersteigen die Gesamtausgaben ohne Berücksichtigung der Handlungsbedarfe gemäß den Ansätzen der Finanzplanung die Höhe der Gesamteinnahmen.

trie in grünen Gewerbegebieten mit gut-bezahlten Industriearbeitsplätzen. Das ist doch das, was wir wollen!"

Es gäbe kein anderes Bundesland, das doppelt so viel grünen Strom produziere als es selbst verbrauche. Zusätzlich strebe die Landesverwaltung an, bis Ende der Legislaturperiode 30 Prozent weniger Gebäudeflächen zu belegen. In seinen Augen sei dies ein Paradigmenwechsel.

Andere Trends sind der demografische Wandel und die digitale Infrastruktur. Im Prinzip müssten in Mecklenburg-Vorpommern jährlich dreimal so viele junge Menschen in den Arbeitsmarkt eintreten, um die altersbedingten Abgänge auszugleichen. Hier würde über Ressorts und Institutionen hinweg eine Initiative ins Leben gerufen werden.

Minister Geue fand es ermutigend, dass von der Opposition keine Kritik an den Finanzen für die Kommunen kam. Ein Teil davon würde für einen landesweiten Datenpool benötigt, um Doppelfinanzierungen oder Doppelbelastungen des Sozialsystems zu verhindern.

Wie die Vorredner erwarte er eine schlechtere Maisteuerschätzung. Darauf sei zu reagieren, das stünde außer Frage.

Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 8/599

*Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung Drucksache 8/600
Unterrichtung durch die Landesregierung Drucksache 8/598*

Beschluss: Überweisung an Finanzausschuss, Innenausschuss, Rechtsausschuss, Wirtschaftsausschuss, Agrarausschuss, Bildungsausschuss, Wissenschafts- und Europausschuss, Sozialausschuss

Meldungen

Dauerhafte Unterstützung der Tafeln gefordert

Über alle Fraktionen hinweg herrschte grundsätzliche Übereinstimmung zur Bedeutung der Tafeln: sie leisteten einen unschätzbaren, sozialen Beitrag zur Gesellschaft. Auf ehrenamtlicher Basis stellten sie Bedürftigen unabhängig vom Grund der Notlage Lebensmittel zur Verfügung, seien aber auch eine soziale Begegnungsstätte. Dafür gab es Dank und Lob. Mit der Neueinbringung ihres überarbeiteten Antrages vom Februar warb die AfD um eine dauerhafte Hilfe für diese private Initiative der Tafeln. Petra Federau (AfD) begründete den Vorstoß damit, dass die 28 Tafeln in MV über 97 Ausgabestellen etwa 240.000 Bedürftige versorgten. Allerdings steige die Anzahl der sozial schwachen Menschen, während die Lebensmittelpenden zurückgingen. Die hohen Strom- und Kraftstoffpreise erhöhten den finanziellen Druck. Sie bedauerte, dass in einem reichen Land wie der Bundesrepublik Tafeln überhaupt Realität seien. Sie schlug vor, den Mehrbedarf der Tafeln ermitteln zu lassen und in den Fachausschüssen zu diskutieren. Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) sah keine Notwendigkeit für den Antrag, da bereits Gespräche mit dem Landesverband der Tafeln liefen. Durch die Zunahme von Großspendern könne langfristig eine gut organisierte Logistik helfen. Andererseits biete die Säule 5 des Sozialfonds passgenaue Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Katy Hoffmeister (CDU) bestätigte der AfD, dass der Antrag gut gemeint sei, aber er greife zu kurz und würde den Tafeln nicht gerecht. Ihr fehlten zwei wesentliche Aspekte: der Mangel an ehrenamtlichen Helfern und an der Bereitschaft zu Lebensmittelpenden. Sie zweifelte an der schnellen Durchführung der geforderten Bedarfsermittlung. Elke-Annette Schmidt (DIE LINKE) sei oft bei den Tafeln unterwegs und wisse, welche hervorragende Arbeit dort geleistet werde. Die AfD stelle sich



Foto: Jens Büttner

In den 97 Ausgabestellen der Tafeln in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten die Unterstützerinnen und Unterstützer ehrenamtlich wie hier in der Wismarer Tafel.

hier jedoch als der Kümmerer dar, anstatt sich tiefgründiger mit der Materie auseinanderzusetzen. Neben der von Ministerin Drese skizzierten Herangehensweise, sollte die Bekämpfung der Ursache von Armut im Vordergrund stehen. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sei schockiert, dass 30 Prozent der Bedürftigen Kinder seien. Es sei ihr bekannt, dass die Tafeln schon lange um eine bundeseinheitlich geregelte Grundfinanzierung und Unterstützung des Ehrenamtes nachsuchten. Sie appellierte an die Landesregierung, die Unterstützung über die Ehrenamtsstiftung fortzusetzen. Für Barbara Becker-Hornickel (FPD) seien die Tafeln ein Spiegelbild der Gesellschaft: auf der einen Seite das bedingungslose, große, ehrenamtliche Engagement, aber auf der anderen Seite die Bedürftigkeit. Politische Aufgabe sei es, beide Seiten auszugleichen. Bei der Armutsbekämpfung müsse sich auch der Bund seiner Pflicht bewusst sein. Christine Klingohr (SPD) wiederholte die Argumentation der Ministerin, dass es richtungsweisende Ansätze gäbe, wie die Koordination von Spenden unterstützt werden könnte. Der Bund sei bei einheitlichen Regelungen der Abfederung der Energiekosten gefragt, eine alleinige Hilfe des Landes könne das Problem nicht lösen. Petra Federau (AfD) zeigte sich enttäuscht von der Diskussion. Jeder Änderungsantrag wäre konstruktiv gewesen, jedoch die generelle Ablehnung ist beklagenswert. Sie warf der Landesregierung vor, erst seit dem Februar-Antrag

der AfD gehandelt zu haben. Die AfD-Abgeordnete beantragte eine namentliche Abstimmung, in deren Verlauf zehn von 63 Abgeordneten mit „Ja“ und der Rest mit „Nein“ votierten.

Antrag AfD Drucksache 8/522

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Neuausrichtung des Außenhandels

Nicht nur, aber vor allem die Pandemie und der Ukrainekrieg mit den daraus resultierenden Problemen in den Lieferketten hätten gezeigt, dass die Außenwirtschaft in MV einen Transformationsprozess benötige. Mit einem Antrag zur Neuausrichtung der Außenwirtschaft MVs ginge es der CDU darum, einen Prozess anzustoßen, so Wolfgang Waldmüller (CDU). Dafür sei eine Bestandsaufnahme nötig und eine Bewertung der bisherigen Instrumente und Fördermittel. Darauf aufbauend könnte eine neue Strategie erarbeitet werden, die ständig aktualisiert werde. Finanzminister Dr. Heike Geue (SPD) sprach in Vertretung für den Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Ja, im Export liege MV im bundesweiten Vergleich hinten, bestätigte Minister Geue. Darum wolle die Landesregierung Außenhandel weiter unterstützen. Eine neue Initiative widme sich dem Ostseeraum, weil die Struktur des Landes mit kleinen und mittelgroßen Unternehmen dort reinpasse. Erstmals wird es den Unternehmertag "Baltic Sea Busi-

ness Day" geben. Laut Finanzminister Geue betreiben die die Unternehmen in MV circa 60 Prozent ihres Außenhandels mit der Europäischen Union. Den Schwerpunkt bilden dabei die Ostsee-Anrainerstaaten mit ungefähr 30 Prozent. Vor allem Polen, Dänemark und Schweden spielen eine Rolle. Wichtigste Handelsgüter waren im vergangenen Jahr Geräte zur Elektrizitätserzeugung, Getreide, Schiffe und Produkte der metall- und holzverarbeitenden Industrie. Diese Vielfalt hat letztendlich die Außenwirtschaft MVs gut durch die Pandemie gebracht. MV hat sein Außenhandelsvolumen seit 2012 von 10,6 Milliarden Euro auf 17,1 Milliarden Euro im Jahr 2021 gesteigert. Martin Schmidt (AfD), verdeutlichte, dass die Wirtschaft den Bürgern und dem Wohlstand dienen muss, was im Antrag nicht erkennbar sei. Es sei nicht möglich, jede Sanktion mitzumachen, denn dann hätten wir bald gar keine Rohstoffe mehr. Er war der Ansicht, dass die EU die Länder vor vollendete Tatsachen stelle, was dem Landtag den Handlungsraum nehme. Henning Foerster (DIE LINKE) vermisste in dem Antrag der CDU konkrete Lösungsansätze. Der Koalitionsvertrag gebe Auskunft, wie die Exportvoraussetzungen verbessert würden. Dazu gehörten unter anderem neue Formate wie Innovations-Camps oder der „Baltic Sea Business Day“. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fand diesen Impuls für eine Neuausrichtung der Außenhandelsbeziehungen in MV wichtig und richtig. Eine krisenfeste Wirtschaft sei nachhaltig, ressourcenschonend und basiere auf Zukunftstechnologien. Engere Kooperation mit dem Baltikum, Polen und den Niederlanden sei zu befürworten. Sandy van Baal (FDP) konnte der Argumentation des Antrages folgen, dennoch fehlte ihr ein ganz wichtiger Punkt: ein klares Bekenntnis zum Freihandel, dem größten Erfolg der EU. Sie befürwortete ein transatlantisches Partnerabkommen mit den USA, aber auch mit Israel und Südamerika. Christian Winter (SPD) sah in dem Antrag ein Sammelsurium von Behauptungen und Arbeitsaufträgen, ohne eine inhaltliche Richtung vorzugeben. Für die Koalitionsparteien ist die Verflechtung von MV mit den Ostsee-Anrainerstaaten ein Schwerpunkt der Außenwirtschaft, um sie vielfältiger und damit stabiler aufzustellen.

Die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP stimmten dem Antrag zu. Die SPD, DIE LINKE und die AfD lehnten den Antrag ab.

Antrag CDU Drucksache 8/533

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Neue Wege der Gesundheitsversorgung

■ Torsten Koplin (DIE LINKE) beschrieb die gravierenden Herausforderungen der medizinischen Versorgung in MV, begründet durch Demografie, Fachkräftemangel und medizinischen Fortschritt. Darum wollten die Koalitionsparteien eine Kommission beauftragen, Wege zur systematischen Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ aus dem vergangenen Jahr zu erarbeiten. Schwerpunkte seien die Entwicklung neuer zeitgemäßer Strukturen der medizinischen Versorgung, Fachkräftesicherung, die Zukunft der Geburtshilfe und Krankenhausstandorte im Land sowie die Fokussierung auf den Patienten hin zu einer proaktiven, nachhaltigen und trägerübergreifenden, medizinischen Versorgung. Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) begrüßte das Angehen der Zukunftsaufgaben im Gesundheitssystem in einem Flächenland wie MV. Die Schaffung einer integrierten, sektorenübergreifenden Versorgungsplanung habe bundes- und landesweite Relevanz. Das Leitmotiv müsse dabei eine patientenorientierte Versorgung sein, wo die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stünden. Thomas de Jesus Fernandes (AfD) stimmte dem Antrag generell zu. Er regte an, nicht nur die Ergebnisse der Enquete-Kommission umzusetzen, sondern auch nach weiteren Verbesserungen Ausschau zu halten. Denn die aufgelisteten Probleme sind echte Herausforderungen. Er bat um Unterrichtung über die Ergebnisse im Sozialausschuss. Der Abgeordnete Harry Glawe (CDU) bescheinigte dem Antragsteller, ein wichtiges Thema aufgegriffen zu haben. Aber ob das eine Regierungskommission rechtfertige, sei fraglich. Seiner Meinung nach könne eine interministerielle Arbeitsgruppe effizienter sein. Sonst würde zu viel zerredet und es dauere zu lange. Christine Klingohr



Foto: Jens Büttner

In Mecklenburg-Vorpommern wird sich in den kommenden Jahren im ambulanten und im stationären Bereich der Mangel an Fachärzten verschärfen. Aktuell sind knapp 30 Prozent aller Hausärzte über 60 Jahre alt, bei den ambulant tätigen Fachärzten sind es knapp 24 Prozent.

(SPD) sah die vordergründige Aufgabe der Kommission darin, den Weg zu einer Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission aufzuzeigen. Darum sollten alle Akteure an einen Tisch geholt werden, um eine breite Expertise zu gewährleisten und zu wertvollen Handlungsanweisungen zu kommen. Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war überzeugt, dass die medizinische Versorgung nicht allein in der Verantwortung des Landes liege. Die Kommission müsse herausarbeiten, wo der Bund in der Pflicht sei. Eine schwere Aufgabe, fand er. Gut wäre es, sektorenübergreifende Konzepte in einer Modellregion zu testen. Barbara Becker-Hornickel (FDP) versicherte die thematische Unterstützung ihrer Fraktion. Die Qualität der medizinischen Versorgung sei nicht nur ein Gradmesser für den Wohlstand eines Landes, sondern auch ein Standortfaktor. Dennoch werde sich die FDP enthalten, da sie in der vergangenen Wahlperiode nicht im Parlament und somit nicht Teil der Enquete-Kommission war. Am Schluss griff Torsten Koplin (DIE LINKE) die Anregung von Dr. Harald Terpe auf, in der Arbeitsgruppe sogenannte „Brückenbauer“ zu berücksichtigen, also Personen, die vermitteln und verschiedene Standpunkte harmonisieren. Er zeigte sich hoffnungsvoll, mithilfe der Kommission geeignete Methoden und Prozesse herauszuarbeiten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Die CDU lehnte ab und die AfD sowie die FDP enthielten sich der Stimme.

Antrag DIE LINKE, SPD Drucksache 8/523

Beschluss: Annahme des Antrages

Flüssiggastterminal für Rostock

■ Durch den Krieg in der Ukraine ist Deutschlands Energieabhängigkeit drastisch zutage getreten. Daher schlug die CDU den Import von Flüssigerdgas (LNG) als einen Baustein bei der Diversifizierung der Energieversorgung vor. Als ersten Schritt, so Daniel Peters (CDU), möge sich die Landesregierung für einen LNG-Standort an der Ostseeküste von MV einsetzen, aber auch schwimmende LNG-Terminals prüfen. Ferner bedürfe es der Ost-West-Integration der Pipeline-Infrastruktur. Nach dem Willen der CDU solle jegliche neue LNG-Infrastruktur so konzipiert werden, dass sie zukünftig für den Transport von Grünem Wasserstoff geeignet sei. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bestätigte, dass die Landesregierung schon länger im Gespräch mit dem Bund sei. Er sei optimistisch, dass aufgrund der guten Voraussetzungen ein schwimmendes Terminal nach Rostock komme. Der Bund habe sich auf dem Weltmarkt 3 von 48 vorhandenen, schwimmenden LNG-Terminals gesichert. Es brauche jetzt eine Entscheidung, wo diese ersten drei Einheiten in Deutschland stationiert werden. Rostock hat gute Chancen dafür, genauso wie für ein späteres landgestütztes LNG-Terminal im Seehafen der Stadt. Da Rostock perspektivisch sowieso für die Wasserstoff-Infrastruktur vorgesehen sei, wären viele der LNG-Investitionen zukunftsfähig. Die AfD-Abgeordnete Petra Federau plädierte im Namen ihrer Fraktion dafür, weiter Gas aus Russland zu beziehen, um uns nicht selbst zu schaden. LNG-Terminals lösten unser gegenwärtiges Problem zwar nicht, seien aber eine Investition in die Zukunft. Als schnellere Lösung schlug sie ein polnisch-deutsches Tanklager in Swinemünde vor. Dennoch, es bliebe die Ungewissheit, was uns morgen erwarte. Daniel Seiffert (DIE LINKE) kritisierte die Umrüstung auf LNG, das in den USA und Kanada durch energieaufwendige und umweltschädliche Methoden gewonnen werde. Bei den ganzen Überlegungen zur Verwendung von LNG in Deutschland gäbe es noch viele Unwägbarkeiten wie die Bauzeiten für die Infrastruktur, die Preisentwicklung für LNG sowie die Verfügbarkeit von Produktionskapazitäten. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könnten der Drucksache nicht

folgen, erklärte Hannes Damm die Position seiner Fraktion. Die Abhängigkeit von importierten Energieträgern ließe sich durch den Bau eines Terminals, egal an welchem Ort, nicht nachhaltig lösen. Das gelänge nur mit einheimischer Energieförderung, sozusagen "Energie - Made in MV".

Leider sei die Energiepolitik im Land nicht auf solche strategischen Überlegungen ausgelegt. Sandy van Baal (FDP) hielt fest, dass LNG nur als Überbrückung für einen gewissen Zeitraum eingesetzt werden sollte. Die Stadt Rostock habe bereits einiges an Vorarbeit für die Planung und die Genehmigung als LNG Standort geleistet. Mit weiteren Ergänzungen wie Offshore-Windenergie, Grünem Wasserstoff und Ammoniak könne man Rostock zum Energiehafen Deutschlands machen. Falko Beitz (SPD) gab zu bedenken: auch wenn die notwendigen Gespräche für einen LNG-Standort in MV zwischen Land und Bund bereits laufen, mit einem Jahr Bauzeit für das LNG-Terminal sollte man für den nächsten Winter nicht zu viel erwarten. Trotz LNG bliebe es bei den großen, energiepolitischen Zielen von Klimaneutralität und Energiesouveränität. Dem Antrag stimmten die CDU und FDP zu. Die AfD enthielt sich und DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten dagegen.

Antrag CDU Drucksache 8/530

Beschluss: Ablehnung des Antrages

Neue Abgeordnete

Dr. Monique Wölk in den Landtag nachgerückt



Dr. Monique Wölk

Foto: SPD Fraktion

Die Greifswalderin Dr. Monique Wölk ist seit 10. Mai Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Sie rückte für Elisabeth Aßmann nach, die mit Ablauf des 30. April 2022 ihren Verzicht auf ihr Landtagsmandat erklärt hatte, da sie zukünftig als Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium tätig sein wird. Die Landeswahlleiterin hat Dr. Monique Wölk als Listennachfolgerin der Landesliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bestimmt und Landtagspräsidentin Birgit Hesse darüber unterrichtet. Die 46-jährige Dr. Monique Wölk gehört erstmals dem Parlament an.

Landtag trauert



Jeweils im Alter von 69 Jahren sind die beiden Abgeordneten Bärbel Nehring-Kleedehn und Dr. Klaus-Michael Körner verstorben.

Bärbel Nehring-Kleedehn war von 1990 bis 1996 die erste Finanzministerin in Mecklenburg-Vorpommern. Von 1994 bis 2002 war sie Mitglied des Landtages.



Dr. Klaus-Michael Körner war von 1998 bis 2011 Mitglied des Landtages, wo er als promovierter Theologe unter anderem Sprecher für Kirchen-, Religions- und Kulturpolitik, sowie Vorsitzender des Kulturausschusses war.

Fotos: Cornelius Kettler

Laufende Gesetzgebung

Stand: 26.04.2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/404	DIE LINKE, SPD	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagesgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 09.03.2022 in Beratung
8/410	FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungsgesetz – LöffG M-V)	-	1. Lesung: 09.03.2022 Ablehnung der Überweisung
8/507	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag)	Innenausschuss	1. Lesung: 05.04.2022 in Beratung
8/528	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Festsetzung des gewerbsteuerlichen Hebesatzes in gemeindefreien Gebieten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Aufhebung der Landesverordnung zur Bestimmung der gewerbsteuerlichen Heheberechtigung in gemeindefreien Hoheitsgebieten des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 05.04.2022 in Beratung
8/599	LReg.	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022/2023	Finanzausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung
8/600	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022/2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)	Finanzausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung
8/610	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.04.2022 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 5. April 2022 entschieden | Stand: 26.04.2022

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/91	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer	AfD	1. Lesung: 15.12.2021 2. Lesung: 05.04.2022	Ablehnung
8/97	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Landesverfassungsschutzgesetz – LVerfSchG M-V)	FDP	1. Lesung: 15.12.2021 2. Lesung: 05.04.2022	Ablehnung
8/98	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-V)	FDP	1. Lesung: 15.12.2021 2. Lesung: 05.04.2022	Ablehnung
8/99	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes	FDP	1. Lesung: 15.12.2021 2. Lesung: 05.04.2022	Ablehnung
8/239	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 26.01.2022 2. Lesung: 05.04.2022	Ablehnung
8/403	Entwurf eines Gesetzes über die Eilverkündung von Rechtsverordnungen in Gefahrenlagen und die Aufhebung erledigter Rechtsverordnungen	DIE LINKE, SPD	1. Lesung: 09.03.2022 2. Lesung: 05.04.2022	Annahme



Der Ständige Ausschuss - ohne russische Parlamente (Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp, 4. von rechts)

Einigkeit im Ständigen Ausschuss der BSPC

Ausschluss der Russischen Parlamente einstimmig beschlossen

■ **Der Ständige Ausschuss - ohne russische Parlamente (Landtagsvizepräsidentin Beate Schlupp, 4. von rechts)** In seiner ersten Sitzung im Jahr 2022 hat der Ständige Ausschuss der Ostseeparlamentarier (BSPC) wegweisende Beschlüsse zum künftigen Umgang mit den Parlamenten der Russischen Föderation beschlossen. Sechs Parlamente der Russischen Föderation waren diesmal nicht eingeladen, als der Ausschuss am 20. April in Warschau gemeinsam gearbeitet hat.

Zur Zukunft der Parlamente wurde der Beschluss gefasst, die russischen Parlamente wegen des russischen Verstoßes gegen das internationale Recht in dem Krieg gegen die Ukraine zu suspendieren. Die finanziellen Mittel aus Russland, mit der die Mitarbeit im Jahre 2022 abgesichert werden sollte, werden zurücküberwiesen. Die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp, die an der Sitzung mitge-

wirkt hat, begrüßt diese Entscheidung: „Wir hatten keine Alternative – die russische Invasion in die Ukraine verstößt gegen alles, wofür die Ostseeparlamentarierkonferenz steht. Die russische Seite bringt gerade unsägliches Leid über die Ukraine. Niemand von uns ist bereit, dem weiter zuzusehen. Die Beschlüsse sind einstimmig gefasst worden.“

Diese Entscheidung wird nun durch eine Anpassung der „rules of procedure“ der Institution unterfüttert. Die Entscheidung war überfällig, da die nächsten Veranstaltungen in naher Zukunft anstehen. So trifft sich die aktuelle Arbeitsgruppe vom 9. bis 10. Mai auf den Alandinseln und die Jahreskonferenz in Stockholm findet in diesem Jahr wegen der schwedischen Parlamentswahlen bereits vom 12. bis 14. Juni statt. Für all dies gilt es, den Rahmen zu schaffen. Denn die Arbeit der Ostseeparlamentarier geht im Angesicht des Angriffskrieges in der Ukraine weiter, allerdings

weiter ohne russische Parlamente. Auch wurden Beschlüsse zu den nachfolgenden Konferenzen gefasst: Ab Juni 2022 geht der Vorsitz für ein Jahr an den Deutschen Bundestag, ab 2023 bis 2024 wird das dänische Parlament den Vorsitz ausüben, danach wird Alands Lagting den Vorsitz übernehmen.

Nachdem **Jochen Schulte** mit seiner Ernennung zum Staatssekretär sein langjähriges Amt als Ko-Berichterstatter in Sachen Meerespolitik aufgegeben hat, ist nunmehr Philipp da Cunha sein kompetenter Nachfolger.

Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO)

Erstes Treffen der Landtagsdelegation
im Schatten des russischen Krieges gegen
die Ukraine

■ Am 7. April 2022 fand am Rande der 19. Plenarsitzung das erste Treffen der neukonstituierten Delegation des Landtages MV beim Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) statt. Gegenstand des Gesprächs war die Wiederaufnahme des Parlamentsforums nach einer mehr als zweijährigen pandemiebedingten Pause im Kontext des Krieges in der Ukraine.

Das 2004 gegründete Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) soll im September 2022 zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie seine Aktivitäten wieder aufnehmen. Dabei wird die Kaliningrader Gebietsduma außen vor bleiben. Neben dem Landtag MV sind im Parlamentsforum die Hamburgische Bürgerschaft, der Schleswig-Holsteinische Landtag sowie die polnischen Sejmiks der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren und eben die im Jahr 2007 aufgenommene Kaliningrader Gebietsduma vertreten. Um das Verfahren nach der unerwarteten, pandemiebedingten Unterbrechung sowie die zukünftige Arbeit im Hintergrund des durch Russland geführten Krieges in der Ukraine zu besprechen, trafen die ständigen Mitglieder der Landtagsdelegation der 8. Wahlperiode zum ersten Mal am Rande der Landtagssitzung am 7. April zusammen. Zu der Delegation des Landtages beim Parlamentsforum Südliche Ostsee zählen die Präsidentin Birgit Hesse, die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp sowie die Abgeordneten Beatrix Hegenkötter, Marcel Falk, Thomas Krüger, Nikolaus Kramer, Christian Albrecht, Hannes Damm und Sandy van Baal.

Eingangs informierte Vizepräsidentin Beate Schlupp die Delegationsmitglieder über die Regularien der Zusammenarbeit im Rahmen des Parlaments-

forums. So bestehe der wesentliche Unterschied zur Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) – einem weiteren zwischenparlamentarischen Kooperationsforum im Ostseeraum – darin, dass das Parlamentsforum in drei Sprachen gearbeitet habe und es daher häufig zu Verständigungsschwierigkeiten gekommen sei. Daher seien persönliche Treffen und Begegnungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Im Normalfall fänden im Rahmen des Parlamentsforums drei internationale Sitzungen statt. Bei der Expertenanhörung würden Vorschläge für einen gemeinsamen Resolutionsentwurf erarbeitet, über den weiterhin auf der Redaktionskonferenz verhandelt werde.

Auf der Jahreskonferenz werde dann die gemeinsame Resolution im Konsens verabschiedet. Den Beschlüssen der Jahreskonferenz stimme der Landtag traditionell auf Basis fraktionsübergreifender Anträge zu und fordere die Landesregierung auf, die Resolutionsforderungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen und den Landtag über die entsprechenden Maßnahmen zu unterrichten. So werde eine wichtige Kontrollfunktion des Parlaments erfüllt. Daher sei es wichtig, nach Möglichkeit eine Beteiligung aller Fraktionen im Resolutionsprozess zu sichern.

Ferner besprach die Delegation die weitere Arbeit des Forums im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine. Diesbezüglich informierte Frau Vizepräsidentin über einen gemeinsamen Brief der deutschen Delegationen an die polnischen Partnerparlamente.

In diesem Brief, entstanden unter Federführung des hiesigen Parlaments, bekundeten die Präsidentinnen und Prä-

sidenten sowie Leiterinnen und Leiter der deutschen Delegationen im Parlamentsforum Südliche Ostsee ihre Solidarität mit den polnischen Partnern, insbesondere aus Ermland-Masuren, Pommern und Westpommern, die von den humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine besonders schwer betroffen seien und einen herausragenden Beitrag zur Unterstützung Geflüchteter leisten würden. Zudem werden im gemeinsamen Brief der ungerechtfertigte militärische Angriff und die Invasion, die von der Russischen Föderation gegen die Souveränität, die Unabhängigkeit und das Volk der Ukraine durchgeführt werden, auf das Schärfste verurteilt.

Die deutschen Delegationen sähen angesichts der anhaltenden Verstöße gegen die Grundprinzipien des Völkerrechts keine Möglichkeit, zur Tagesordnung überzugehen und die Zusammenarbeit mit der Duma des Kaliningrader Gebietes fortzusetzen. Daher wird die Suspendierung der Kaliningrader Gebietsduma von der Jahreskonferenz sowie allen Beratungen im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee vorgeschlagen.

Die Jahreskonferenz, die vom 18. bis 20. September 2022 von der Woiwodschaft Pommern in Danzig ausgerichtet wird, könnte somit einer neuen Fokussierung und einem bedeutsamen persönlichen Austausch über die aktuelle Situation und ihre Auswirkungen auf die Partnerregionen auf deutscher und polnischer Seite dienen.



Unter dem Titel „Was ist das denn?!“ stand die Veranstaltung Schloßgespräch am 3. Mai ganz im Zeichen der Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern. V.r.n.l.: Dr. Detlef Jantzen, Landesarchäologe MV, Dr. Heidrun Derks, Museum und Park Kalkriese - Varusschlacht im Osnabrücker Land, Carsten Schmoldt, ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger

Was ein Archäologisches Landesmuseum braucht

Landtagspräsidentin Birgit Hesse war Gastgeberin des ersten Schloßgesprächs nach langer Zeit



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

■ **Schloßgespräch: Expertenrunde analysiert die Strahlkraft archäologischer Funde in MV und deren Bedeutung für einen Museumsneubau**

Ein gefletschtes Spalier aus langen, scharfen Zähnen. Darüber listige Augen. Der Fenriswolf ängstigte die Götter in Asgard. Darum bändigten sie das Untier mit der magischen Fessel Gleipnir. Zwerge hatten den einfachen Faden aus allem gemacht, was es nicht gibt: wie aus Stimmen der Fische, Bärten der Frauen und Wurzeln der Berge. Fenris war gefangen. Aus Wut biss der Wolf allerdings Tyr, dem Gott des Krieges, die Hand ab, die dieser als Vertrauenspfand in dessen Maul gelegt hatte.

Unzählige archäologische Funde aus Mecklenburg-Vorpommern erzählen die Geschichte vom Fenriswolf aus der nordischen Mythologie. Gürtelschnallen, Fibeln, Pferdegeschirre – das Archäologische Archiv des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege (LAKD) in MV beherbergt eine der ältesten Sammlungen Deutschlands. Die Experten der Einrichtung bewahren, katalogisieren und ver-

leihen die archäologischen Fundstücke an Museen. Etwa 300 dieser Objekte erzählen im Moesgaard Museum im dänischen Aarhus mecklenburgische und vorpommersche Geschichte.

Vor diesem Hintergrund befasste sich das Schweriner Schloßgespräch im Landtag MV am Dienstag, den 3. Mai, mit der drängenden Frage „Was ist das denn? Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern und wie ein archäologisches Landesmuseum die Regionen von MV voranbringen kann.“

Funde und Archiv

„Die Schlacht im Tollensetal ist eine der ältesten bekannten Schlachten der europäischen Geschichte. Deren archäologischer Fundplatz befindet sich im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Wir hüten eine Menge solcher Schätze, um die uns andere beneiden. Darum brauchen wir einen würdigen Ort, an dem wir der Welt unsere Schätze zeigen. Die vor 30 Jahren entstandene Idee eines Archäologischen Landesmuseums erscheint recht jung, angesichts

von 12.000 Jahren Landesgeschichte“, sagt Roland Methling, Vorsitzender des Freundeskreises Archäologisches Landesmuseum e.V. und ehemaliger Bürgermeister von Rostock.

Im Christinenhafen der Hansestadt soll das Ausstellungshaus als massiver Kubus voraussichtlich nach der Bundesgartenschau 2025 in die Warnow hinein errichtet werden. Kosten des Neubaus: 55 Millionen Euro, das Land gibt 40 Millionen und die Stadt Rostock 15 Millionen. Die Eröffnung ist 2030 anvisiert.

„Wir müssen jetzt mit den Vorbereitungen anfangen“, erklärt Carsten Schmoldt. Der stellvertretende Vorsitzende des Freundeskreises führte in einer visuellen Zeitreise zu verschiedensten Fundstücken in und durch die Geschichte von MV: ein Schiffswrack aus dem Jahr 1180, das in der Wismarer Hafeneinfahrt unter zwei weiteren Wracks gehoben wurde, 1.700 Jahre alte Schmuckschnallen aus den Hagenower Fürstengräbern, Hirschgeweihmasken aus Hohen Viecheln und Funde aus der slawischen Burg am Kap Arkona.

Ehrenamtliche und Begeisterung

„Wir besitzen eine tolle Geschichte und tolle Funde“, sagt Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages MV. Darunter auch ein seltenes Bischofssiegel aus dem 13. Jahrhundert, auf das ein ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger im vergangenen Jahr bei Klütz stieß. Etwa 200 ehrenamtliche Indiana Jones suchen, analysieren und pflegen die Bodendenkmäler des Nordostens.

„Schon als Lütte suchte ich gern nach Schätzen. Als Erwachsener erkenne ich ihre Geschichte und Bedeutung. Sogar unsere alten Adelsgeschlechter sind mit der Entstehung der Königshäuser des Nordens verwickelt“, sagt Bodendenkmalpfleger Carsten Schmoltd.

Das Herzblut und Potenzial der Ehrenamtlichen befördert jedes Jahr neue archäologische Funde ans Tageslicht. „Wir erkennen den Einsatz und das Sammlerherz wahrhaftig an, wenn wir diese Schätze endlich in einem Archäologischen Landesmuseum zeigen. Der Erfolg des Museums führt über menschliche Beziehungen zu den Funden. Zum Beispiel mittels einer Fundpatenschaft für aktuelle Ausstellungen und natürlich indem wir die Geschichten zu den Objekten erzählen“, erklärt Landesarchäologe Dr. Detlef Jantzen.

Geschichte und Mythologie

„Ehrenamtler sind zwar das Rückgrat eines Museums, aber jedes Ehrenamt benötigt auch ein starkes Hauptamt. Sie brauchen ein schlagkräftiges Team

Expertinnen und Experten beim Schlossgespräch

Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages MV, **Roland Methling**, Vorsitzender des Freundeskreises Archäologisches Landesmuseum e.V.

Carsten Schmoltd, ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger und stellvertretender Vorsitzender des Freundeskreises Archäologisches Landesmuseum, **Dr. Detlef Jantzen**, Landesarchäologie MV, **Dr. Heidrun Derks**, Museum und Park Kalkriese – Varusschlacht im Osnabrücker Land



In einer „Zeitreise“ präsentierte Carsten Schmoltd (ehrenamtlicher Bodendenkmalpfleger) die in MV gemachten Funde.



Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Gäste.



Oben: Der ehemalige Oberbürgermeister Rostocks, Roland Methling, sprach als Vorsitzender des Freundeskreises Archäologisches Landesmuseum e.V.

Unten: Mit „Schatzkisten“ und einem Verweis auf den König Blauzahn-Schatz, von dem Teile 2018 auf Rügen gefunden worden, warb der Freundeskreis Archäologisches Landesmuseum Mecklenburg-Vorpommern um Mitglieder.

mit internationaler Erfahrung. Eine Voraussetzung besitzen Sie in MV schon: Sie setzen mit dem Archäologischen Landesmuseum eine Perle in eine funktionierende touristische Landschaft“, meint Dr. Heidrun Derks vom Museum und Park Kalkriese – Varusschlacht im Osnabrücker Land aus ihrer Erfahrung.

Sogar die fachliche Basis besteht. Seit 2017 gibt es den Lehrstuhl für Ur- und Frühgeschichte an der Universität Rostock. Das Archäologische Landesmuseum könnte als Labor für Studierende fungieren. Hier können die angehenden Historiker Ausstellungen kuratieren und das Museum weiterentwickeln. „Ehrenamtler, Funde, Geschichten, ein Archiv

und Begeisterung. Wir haben alles. Nur das Archäologische Landesmuseum fehlt“, sagt Carsten Schmoltd vom Freundeskreis.

Und solange der Fenriswolf gegen seine Fesseln kämpft, solange wird sich auch der Freundeskreis für das Archäologische Landesmuseum stark machen.



Am 27. April, am Vorabend des israelischen Nationalfeiertages „Jom ha Schoá“, gedachte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit einer Gedenkveranstaltung der Opfer des Zweiten Weltkriegs.

Neue Formen des Gedenkens

■ Die Gedenkstunde im Schweriner Landtag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. April war auch eine Suche nach neuen Formaten der Gedenkkultur. Besonders zwei Schüler beeindruckten die Gäste an diesem Abend mit ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust.

Würde man für alle Opfer des Holocaust eine Schweigeminute einlegen, wäre die Welt mehr als elf Jahre lang still, sagte Yaki Lopez, Gesandter-Botschaftsrat der Botschaft des Staates Israel per Videobotschaft im Rahmen der Gedenkstunde im Schweriner Landtag. Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus wurde im Parlament still und feierlich begangen, verlief aber an-

ders als ursprünglich geplant und es die Routinen der Erinnerungskultur erwarten ließen.

Erstmals seit 1996 fand die Gedenkstunde nicht am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, sondern aufgrund der Corona-Pandemie drei Monate später am Vorabend des israelischen Nationalfeiertags „Jom ha Schoá“ zu Ehren der Opfer der Schoá statt. Und es fehlten zum ersten Mal Zeitzeugen, die den anwesenden Gästen von ihrem erlebten Leid hätten berichten können. Der eingeladene Sohn des Chefanklägers im Eichmann-Prozess musste aufgrund seines Gesundheitszustandes absagen. Am Ende der Veranstaltung zeigte sich



Fotos: Uwe Sinnecker

Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Landtagspräsidentin Birgit Hesse „berührt und erleichtert“, gelang es an diesem Abend doch, die Gedenkkultur neu zu interpretieren und einen Weg zu zeigen, wie mehr als sieben Jahrzehnte nach Ende des zweiten Weltkrieges das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus lebendig gehalten werden kann, auch wenn Überlebende nicht mehr davon berichten können.

Verantwortung statt Schuld

Wie eine Gedenkkultur ohne Zeitzeugen gelingen kann, darüber diskutierten in einer Podiumsdiskussion die Lehrerin Petra Klawitter und die Schüler Christoph Labrenz und Franz Spaans von der Europaschule Rövershagen, die Leiterin



Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig



Franz Spaans (li.) und Christoph Labrenz (Mitte) im Gespräch mit Jürgen Hingst (re.)



Die Musikerinnen Maria Gvozdetskaya und Maria Schwengebecher spielten Kompositionen von Dick Kattenburg.



Yaki Lopez, Gesandter-Botschaftsrat der Botschaft des Staates Israel, sandte eine Videobotschaft anlässlich der Veranstaltung.

der Mahn- und Gedenkstätten Wöbelin, Anja Pinnau zusammen mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Landespressekonferenz und NDR-Journalisten Jürgen Hingst. Die zwei Schüler, die wie selbstverständlich im Plenarsaal auf den Plätzen saßen, an denen sonst die Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit den Abgeordneten sitzt, und von dort munter und ohne Scheu von ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus berichteten, waren vielleicht das Sinnbild für diese neue Form des Gedenkens. „Die junge Generation verbindet Gedenken nicht mehr mit Schuld, sondern mit Verantwortung“, so die Erkenntnis von Birgit Hesse nach dem spannenden Gespräch.

Die Landtagspräsidentin hatte zuvor in ihrer Gedenkrede gemahnt: „Wo Parlamente und demokratische Willensbildung ausgehebelt werden, wo sie scheitern, wird Willkür möglich! Das muss unsere Lehre aus der Vergangenheit sein!“ Deshalb müsse jungen Menschen der Wert der Demokratie wie auch deren Zerbrechlichkeit immer wieder vermittelt werden.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig erzählte in ihrem Grußwort in knappen wie eindrucksvollen Sätzen die Geschichte des jüdischen Jungen Ossi Steinfeld aus Rostock, der mit seiner Familie im Konzentrationslager ermordet wurde und spannte ebenfalls den Bogen von der Geschichte zur Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft.

Vergesst uns nicht!

Petra Klawitter berichtete in der Diskussionsrunde von Gesprächen mit jüdischen Opfern, die immer wieder sagen: „Vergesst uns nicht!“ Die Lehrerin an der Europaschule in Rövershagen leitet seit mehr als zwei Jahrzehnten die AG Kriegsgräber. Eine Arbeit, für die sie mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Schülerinnen und Schüler pflegen Kriegsgräber und bewahren dabei auch die Geschichten der zahllosen Schicksale. Oft fördern sie diese überhaupt erst zu Tage, weil sie in Archiven nach Lebensspuren hinter den Namen auf den Grabsteinen suchen. So fügten die Schüler die Geschichte einer jüdischen Familie aus Anklam zusammen, die in Hitlers Todesmaschine umkamen, machten sogar einen Angehörigen in Israel ausfindig, der von diesem Anklamer Teil seiner Familie nur Fotos, aber keine Namen hatte. Sie besuchten den Mann in Israel und zum Abschied sagte er zu den Schülern: „Ihr seid nun auch meine Familie, denn ihr seid mein Gedächtnis.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Im Café Niklot wurde für diesen Abend eine Ausstellung eingerichtet.

v.l.n.r.: Petra Klawitter (Europaschule Rostock), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Christoph Labrenz, Jürgen Hingst, Franz Spaans, Anja Pinnau (Leiterin Gedenkstätte Wöbbelin)



Christoph Labrenz (Mitte)



Bildungsministerin Simone Oldenburg (Mitte) begrüßt Petra Klawitter (Lehrerin Europaschule Rostock).

Von der Kraft dieser persönlichen Begegnungen erzählten die Schüler Christoph und Franz. „Man muss in die Gesichter dieser Menschen geschaut haben, ihre Hände geschüttelt haben, dann wird Geschichte begreifbar“, sagte Christoph Labrenz, der an diesem Abend direkt von der Abi-Deutschprüfung in den Landtag kam. Franz Sprax ist erst 13 Jahre alt, auch er glaubt, dass er auf die Geschichte des Holocaust aufgrund dieser persönlichen Begegnungen anders blickt als seine Mitschüler, die diese Erlebnisse nicht hatten.

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsgräber ist aber auch eine Blaupause dafür, wie eine Gedenkkultur ohne Zeitzeugen funktionieren kann: Wenn Menschen

ihre Geschichte nicht mehr selbst erzählen können, braucht es Vermittler zwischen der Vergangenheit und Gegenwart. Zum Beispiel Stolpersteine mit den Namen der Opfer, die auf den Straßen überall im Land an Schicksale erinnern und die auch die Schüler aus Rövershagen schon gelegt haben. Auch über die Pflege von Gräbern und Einrichtungen setzen sich junge Menschen mit der Vergangenheit auseinander oder durch die mitunter detektivische Suche nach Lebensgeschichten von Opfern, die noch nicht erzählt wurden.

Einige Ergebnisse dieser Recherchen haben die Schülerinnen und Schüler der Europaschule Rövershagen mit Texten und Fotos in eine Wanderausstellung überführt. Auszüge waren auch im Schweriner Schloss zu sehen. Beim Empfang nach der Gedenkstunde konnten die Gäste die Geschichten der jüdischen Familien Ascher und Gumpert nachlesen, die in Bad Doberan und Parchim lebten und später vor den Nazis flüchten mussten oder im Konzentrationslager umgebracht wurden.

Gedenken mit allen Sinnen

Gedenken und Mahnung durch anschaulich gemachte Geschichte – dass alle Sinne von diesen Geschichten erreicht werden können, bewiesen die Musikerinnen Maria Gvozdetskaya und Maria Schwengebecher von der Hochschule für Musik und Theater in Rostock. Das Geigenduo verlieh der Ver-

anstaltung mit Interpretationen des niederländischen Komponisten Dick Kattenburg den festlichen Rahmen. Kattenburg galt als eines der größten Talente seiner Zeit, der Musiker mit jüdischen Wurzeln, wurde aber seines Lebenswerkes beraubt: Bei den Nazis galt seine Musik als verfehmt. Im Alter von nur 24 Jahren ermordete man ihn im Konzentrationslager Auschwitz.

So war die Erinnerung im Schweriner Plenarsaal auf verschiedenen Wegen greifbar. In dem Saal, der sonst Ort für hitzige Debatten ist, waren an diesem Abend alle Fraktionen im Gedenken vereint. Franz-Robert Liskow, Fraktionschef der CDU, sagte, „dass es gut sei, in solchen Momenten die politischen Auseinandersetzungen auch mal ruhen zu lassen“. Er sprach von „einer sehr gelungenen Veranstaltung“ und zeigte sich „sehr beeindruckt, vor allem von den Schülern“. Auch Yuriy Kadnykov, der Landesrabbiner in Mecklenburg-Vorpommern, lobte die Veranstaltung: „Wir haben heute gesehen, welche Wege es gibt, die Erinnerung und das Gedenken auch künftig lebendig zu halten. Das hat mich sehr bewegt.“

Die Schüler Christoph Labrenz und Franz Sparx waren sichtlich stolz, dass sie an diesem Abend im Plenarsaal Platz nehmen durften. Labrenz will nach dem Abitur Politikwissenschaften studieren. Dieser Wunsch, sich der Politik zu widmen, sei ganz maßgeblich durch sein Engagement bei der AG Kriegsgräber gereift, erzählte der Schüler. Wer weiß, vielleicht bringt ihn die Berufswahl eines Tages zurück in den Plenarsaal im Schweriner Schloss.

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 19. Juni 2022 , Eröffnung um 10:00 Uhr

(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.



Foto: Landtag MV



- ◀ Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Kalifornien, Florida, Massachusetts, West Virginia und New Jersey – all diese Bundesländer und Bundesstaaten saßen am 11. Mai an einem Tisch. Zusammengebracht hat die Landtagsabgeordneten aus Deutschland und den USA das Aspen Institute Germany mit seinem Programm „Laboratories of Democracy“. Landtagspräsidentin Birgit Hesse traf die Delegation zum Gespräch im Schweriner Schloss. Mit dabei auch zwei junge Abgeordnete des Landtages MV: Hannes Damm und Christian Winter. Birgit Hesse betonte die Notwendigkeit, gemeinsam für demokratische Werte, Menschenrechte und Solidarität einzutreten. Das Programm, das auf Austausch und Dialog zu gemeinsamen politischen Herausforderungen setzt, will die transatlantischen Beziehungen jenseits der Bundeshauptstädte pflegen.

Foto: Uwe Sinnecker



- ◀ Am 16. Mai konstituierte sich die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ unter dem Vorsitzenden Christian Winter (SPD). Die Eröffnung der konstituierenden Sitzung übernahm Landtagspräsidentin Birgit Hesse (1. Reihe, 3. v.l.). Ziel der Kommission ist, sich mit den Chancen und Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in MV zu beschäftigen. Die Kommission soll unter expliziter Einbeziehung Jugendlicher die Situation analysieren, thematische Ziele formulieren und bis Ende der Wahlperiode Maßnahmen empfehlen.

Foto: Uwe Sinnecker

